



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

## RUSSLAND UND DIE KRIM

■ ANALYSE		
	Geschichtspolitik statt Völkerrecht	
	Anmerkungen zur historischen Legitimation der Krim-Annexion in Russland	2
	Wilfried Jilge, Wien	
■ ANALYSE		
	Die symbolische Bedeutung der Halbinsel Krim für Russland	6
	Kerstin S. Jobst, Wien	
■ UMFRAGE		
	Äußere Bedrohung und Einstellung zum Wehrdienst	9
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
	Einen frohen Tag des Vaterlandsverteidigers!	12
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
	Wer plant was wann?	14
	Jens Siegert, Moskau	
■ CHRONIK		
	12. – 26. Februar 2015	17
■ LESEHINWEIS		
	Abstracts von Artikeln aus OSTEUROPA 9–10/2014	
	»Gefährliche Unschärfe. Russland, die Ukraine und der Krieg im Donbass«	20
	Abstracts von Artikeln aus OSTEUROPA 11–12/2014	
	»Sehenden Auges. Europäische Gewaltgeschichten.« mit Russlandbezug	22



## Geschichtspolitik statt Völkerrecht

### Anmerkungen zur historischen Legitimation der Krim-Annexion in Russland

Wilfried Jilge, Wien

#### Zusammenfassung

Die Unabhängigkeitserklärung der »Autonomen Republik der Krim und der Stadt Sewastopol« sowie das vom 16. März 2014 stellten bereits eine Verletzung des ukrainischen Verfassungs- und Staatsrechts dar. Russland legitimiert die Annexion der Krim aber seinerseits über den Hinweis auf das problematische Referendum vom 16. März 2014. Die russische Führung geht allerdings noch weiter: In Schulbüchern und geschichtspolitischen Darstellungen sucht sie die Ukraine als Staat zu delegitimieren und ihr insbesondere den Anspruch auf die Krim abzusprechen. Bei genauerem Hinsehen erweisen sich aber sowohl die russischen Geschichtsdarstellungen wie die Argumente, mit denen Russland das militärische Eingreifen auf der Krim rechtfertigt, als wenig haltbar.

#### Einleitung

Die Russische Föderation rechtfertigt die Annexion der Krim unter anderem mit dem Hinweis auf das von den prorussischen Machthabern am 16. März 2014 durchgeführte Referendum, in dem über 96 % der Wählerinnen und Wähler für eine Angliederung der Krim an Russland gestimmt haben sollen. Doch tatsächlich war das Referendum schon deswegen illegal, weil die russische Führung das in der UN-Charta verbriefte allgemeine Gewaltverbot verletzte, das Referendum und die ihm vorausgehende Machtübernahme der prorussischen Separatisten unter der einschüchternden Präsenz nach außen nicht gekennzeichneten russischer Soldaten durchgeführt wurde und von einer freien Willensäußerung daher nicht gesprochen werden kann. Spätestens seit dem 22. Februar – also noch während des sich in Kiew vollziehenden Machtwechsels – verlegte Russland Truppen auf die Krim, die mit Unterstützung von Soldaten der Schwarzmeerflotte in Sewastopol die Halbinsel unter Kontrolle bringen sollten. Wenig später riegelten russische Einheiten in den frühen Morgenstunden das Parlament der Autonomen Republik der Krim (ARK) ab, um – abgeschirmt von Protesten und unter Ausschluss der Öffentlichkeit – die Durchführung einer für die weitere mit Russland eng koordinierte Krimkampagne und die putschartige Machtübernahme der prorussischen Kräfte wichtigen außerordentlichen Sitzung des Krimparlaments zu sichern. Auf der Sitzung wurde dann die Durchführung eines Referendums über den Status der Krim, die Absetzung des amtierenden Ministerpräsidenten Anatolij Mohiljow (»Partei der Regionen«, PdR) und die Wahl des moskauhörigen Sergej Aksjonow von der auf der Krim bis dahin politisch kaum bedeutenden prorussischen Partei »Russkoje Jedinstwo« (»Russische Einheit«) beschlossen. Ende Januar dieses Jahres verriet der ehemalige selbsternannte »Verteidigungsminister« der nicht anerkannten Donezker Volksrepublik,

nach eigenen Angaben bis März 2013 Reservist des russischen Geheimdienstes FSB (laut anderen Quellen Mitglied des Nachrichtendienstes GRU der russischen Streitkräfte) freimütig die näheren Umstände der Sitzung vom 27. Januar: »Die Landwehrkämpfer holten die Abgeordneten zusammen, um sie in den Saal zu treiben, damit sie abstimmen. Ich war einer der Kommandeure dieser Landwehr.« Präsident Putin selbst gestand am 16. April im Rahmen einer Fernsehfragestunde, dass russische Einheiten die Kräfte der Selbstverteidigung auf der Krim unterstützt hätten, um die Durchführung des Referendums zu sichern. Die russischen Protagonisten der Krimkampagne geben sich kaum noch Mühe, diejenigen Umstände zu kaschieren, die die Völkerrechtswidrigkeit der Krim-Annexion belegen. Offensichtlich ist sich der Kreml seiner schwachen völkerrechtlichen Position bewusst. Schon deswegen rückten seit April zunehmend geschichtspolitische Argumente in den Vordergrund, um seine Position zu stärken und nicht zuletzt im Rahmen des Schulgeschichtsunterrichts die Einverleibung der Krim wenigstens vor der eigenen Bevölkerung zu legitimieren. Dabei wird in diesem Beitrag als ein Aspekt vor allem der Umgang mit der Geschichte der Krim in der Sowjetzeit behandelt.

#### De-Legitimierung der territorialen Integrität der Ukraine

Die Annexion der Krim war nicht nur Selbstzweck, sondern diente auch als Hebel, den politischen Einfluss Russlands in der gesamten Ukraine zu sichern. Am Vorabend der in Vilnius geplanten Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU und des von Russland aufgrund des drohenden endgültigen Hinwendung der Ukraine zur Europäischen Union entfesselten Handelskrieges stellte der russische Präsident Putin die Existenz einer ukrainischen Nation in Frage um Zweifel an der Existenz eines sou-

veränen Nationalstaats der Ukraine zu nähren und die Ukraine als Kernelement der Einflusszone der von ihm und kremlnahen Ideologen propagierten »Russischen Welt« historisch zu rechtfertigen. Auf dem abschließenden Plenartreffen des Internationalen Diskussionsklubs »Waldaj« am 19. September 2013 bekannte sich Putin zwar zunächst halbherzig zur Unabhängigkeit des Nachbarlandes, gab aber kurz darauf zu bedenken, dass die Wurzeln der Staatlichkeit Russlands jedoch am Dnepr lägen und die mittelalterliche Kiewer Rus den Ausgangspunkt »für die gewaltige Zukunft des russischen Staates« gebildet habe: »Wir haben gemeinsame Traditionen, eine gemeinsame Mentalität, eine gemeinsame Geschichte und Kultur [...] In dieser Hinsicht, das möchte ich noch einmal wiederholen, sind wir ein Volk.« In diesem Sinne stellte er in seiner Krim-Rede am 18. März 2014 die Angliederung der Krim in einen direkten Zusammenhang mit der Situation des »Südostens« der Ukraine, wo nach Auffassung Moskaus die »Landsleute« der Russischen Föderation, also russischsprachige oder russische Einwohner die Mehrheit bildeten und nach dem Machtwechsel in Kiew in ihren politischen und sprachkulturellen Rechten bedroht sein. In diesem Sinne zog Putin die Rechtmäßigkeit der Einbeziehung »bedeutender Teile des historischen Südens Russlands in den Bestand der ukrainischen Sowjetrepublik« durch die Bolschewiki nach 1917 in Zweifel, nachdem er schon wenige Tage zuvor kundgetan hatte, dass die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine aus dem Jahre 1991 nicht ganz den sowjetischen Normen entsprochen habe. Am 7. April stellte er dann klar, dass es sich bei diesen Gebieten eigentlich nicht um Teile der Ukraine, sondern »Neurusslands« handle und rechtfertigte damit implizit die Ziele der prorussischen Separatisten, die Pseudo-Republiken im Donbass zu einem Staat »Neurussland« zusammenzuschließen.

### Die Krim in der UdSSR

Die umfassende Revision der sowjetischen Nationalitätenpolitik dient letztlich der De-Legitimierung der ukrainischen Grenzen und staatlichen Unabhängigkeit, die auf Basis der Souveränisierung der Grenzen der Sowjetrepubliken vollzogen wurde. Da dies auch auf die Russische Föderation und die anderen post-sowjetischen Staaten zutrifft, ist diese Argumentation mit einer erheblichen sicherheitspolitischen Sprengkraft verbunden. Das Schlüsselereignis in dieser geschichtspolitischen Strategie bildet der Wechsel der Krim aus dem Bestand der Russischen Föderativen Sozialistischen Sowjetrepublik (RSFSR) in die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (ukr.: URSS) im Jahre 1954. Im russischen Föderationsrat wird bereits ein Gesetz vorbereitet, das – in Anlehnung an eine ähnliche Initiative

des russischen Parlaments im Jahre 1992 – die Übergabe der Krim an die Ukraine aus dem Jahre 1954 als ungesetzlich anerkennen soll, um so laut der Vorsitzenden des Föderationsrates Valentina Matwijenko die »historische und juristische Gerechtigkeit« wiederherzustellen. In den Schulbüchern zur Geschichte der Krim und heutigen populärwissenschaftlichen Monographien wird die Übergabe als illegaler und voluntaristischer Akt oder »zarisches Geschenk« des damaligen sowjetischen Parteichefs Nikita Chruschtschow gebrandmarkt. In dem Schulbuch von W. Schestjakow bildet das Ereignis von 1954 im Kapitel »Die Angliederung der Krim an Russland« den Ausgangspunkt des Narrativs: Chruschtschow habe aus »konjunkturellen Erwägungen« die Krim aus dem Bestand der RSFSR in die URSS übergeben, wobei man »sich nicht für die Meinung der Bewohner der Krim interessiert und eine Reihe sowjetischer Gesetze gebrochen« habe. In anderen Schulbüchern wird darauf hingewiesen, dass – im Unterschied zu 2014 – kein Referendum auf der Krim durchgeführt wurde und somit gegen die sowjetische Verfassung verstoßen worden sei.

Die genauen Gründe der Übergabe der Krim an die Ukraine im Jahre 1954 sind umstritten, und die in der Forschung ernsthaft diskutierten Motive der sowjetischen Führung können hier nicht vollständig dargestellt werden. Tatsächlich hat die internationale Forschung nach 1991 aber nachweisen können, dass die Übergabe kaum als ein einsamer Willkürakt Chruschtschows angesehen werden kann und bei der Entscheidung zur Herstellung einer direkten Landverbindung zum ukrainischen Hinterland sehr wahrscheinlich ökonomische und infrastrukturelle Faktoren den Ausschlag gaben. Es gibt zweifelsohne gute Gründe anzunehmen, dass Chruschtschow »die Ukrainer als Juniorpartner für die Leitung des »Unternehmens Sowjetunion« zu gewinnen suchte« (Andreas Kappeler). Die Übergabe der Krim war sicherlich keine einsame Entscheidung Chruschtschows: Zwischen 1953 und 1956 war dieser noch nicht der unangefochtene alleinige Führer des sowjetischen Staates. Eine solche Entscheidung musste daher kollegial getroffen werden. Dass nach der Meinung der Bevölkerung nicht gefragt wurde, gehört zum Wesen eines totalitären Staates. Die Schaffung von Unionsrepubliken und die Festsetzung ihrer Grenzen waren stets das Ergebnis der Nationalitätenpolitik der Führung der Bolschewiki. Die Meinung der betroffenen Bevölkerung spielte dabei keine Rolle, Referenden oder Umfragen wurden nicht durchgeführt. Das gilt beispielsweise auch für den Austausch von Gebieten zwischen den noch jungen Sowjetrepubliken RSFSR und URSS in den 1920er Jahren im Osten und Nordosten der Ukraine, von denen sowohl kompakt siedelnde Russen als auch Ukrainer betroffen waren. Insgesamt erfüllt die breite geschichtspolitische

Debatte der »zarischen Schenkung« vor allem die Verschleierungsfunktion von Geschichtspolitik: Sie soll von der Tatsache ablenken, dass die Russische Föderation nach 1991 die Grenzen der Ukraine samt der Halbinsel Krim als Teil der Ukraine in mehreren völkerrechtlich verbindlichen Verträgen vom russisch-ukrainischen »großen Freundschaftsvertrag« im Jahre 1997 bis zu den – erst 2010 erneuerten – Abkommen über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte anerkannt und im Budapester Memorandum 1994 garantiert hat.

### »Krimfrühling« 2014: Russische humanitäre Intervention zum Schutz der »Landsleute«

Unmittelbar nach der Einverleibung der Krim gaben das russische Bildungsministerium, staatsnahe Verlage und regierungsnahe historische Gesellschaften sowie kremlnahe nationalistisch-antidemokratische Ideenzentren (wie der 2012 gegründete und publizistisch im kremlnahen patriotischen Spektrum vorzüglich vernetzte »Isborskij Klub«) um die Geschichte des »Krimfrühling« ergänzte Schulbücher, Broschüren und Monographien zur Geschichte der Krim heraus. Sie sollen die Argumente bezüglich einer völkerrechtswidrigen Annexion der Krim zurückweisen und die Angliederung der Krim als »Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit« legitimieren. Die »Krimrede« von Präsident Putin diene dabei als Richtschnur sowohl bei der Darstellung und Deutung der Ereignisse vom Beginn der Proteste auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz (»Majdan«) bis zum Vollzug der Annexion der Krim am 18. März 2014 als auch bei der völkerrechtlichen Begründung des »Anschlusses« und der Bedeutung der Krim als russischem Erinnerungsort.

Im Mai 2014 hatte das russische Bildungsministerium eine Anweisung veröffentlicht, wonach in Schulen bei der Behandlung des im Lehrplan vorgeschriebenen Themas »Krim und Sewastopol: ihre historische Rolle für Russland« die Sichtweise der Regierung gelehrt werden muss. Laut Lehrplan hatte die Annexion »friedenssichernden und humanitären« Charakter und diene dem Ziel, die Krimbevölkerung zu schützen. Der von Nikita Chruschtschow 1954 vollzogene Transfer der Krim von der RSFSR zur URSS sei illegal gewesen. Kritische Stimmen aus der russischen Lehrerschaft kritisierten die Anweisung als Indoktrination und Verpflichtung der Schulen zur Propaganda, da sie unter Schülern eine offene Diskussion der Ereignisse behindere.

In manchen Materialien orientiert sich der Aufbau der Erzählung unmittelbar an ausführlich zitierten zentralen Passagen der Rede Putins. Entlang dieser Linie argumentiert auch das Lehrbuch des Verlages »Russkoje Slowo« mit dem Titel »Die Krim in der Geschichte Russlands«: Durch die Gründung einer »Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Krim« im Bestand der

RSFSR durch die Bolschewiki und die dort vollzogene Förderung der krimtatarischen Kultur im Rahmen der relativ liberalen sowjetischen Nationalitätenpolitik der 1920er Jahre sei die Krim durch die Grenze zur URSS von Neurussland getrennt worden, deren historischer Bestandteil sie gewesen sei. Die Menschen in Neurussland, die sich mit russischer Sprache und Kultur identifizierten, seien ohne Rücksicht auf ihre Meinung einer mächtigen Welle der Ukrainisierung ausgesetzt worden. Auf der Basis dieser Argumente wird die Annexion der Krim in jüngst erschienenen Dokumentationen und Sammelbänden zum »Russischen Frühling« als Auftakt zur Wiedergeburt »Neurusslands« zelebriert und bekannte russische Generäle wie Alexander Suworow (1730–1800), die maßgeblichen Anteil an der Eroberung der Krim hatten, werden als Vorfahren prominenter Separatisten aus dem Donbass in Szene gesetzt.

### Ewiges Streben nach Wiedervereinigung? Kollektive Identitäten der Krimbevölkerung

Was für viele Menschen in Russland die Krim ist, ist sicher auch Russland für viele Krimrussen bzw. die russischsprachigen Krimbewohner. Laut der ukrainischen Volkszählung von 2001 lebten damals auf der Krim etwa 2,4 Millionen Menschen, wovon etwa 60 % Russen, ca. 24 % Ukrainer und über 10 % Krimtataren waren, neben einigen weiteren zahlenmäßig kleinen ethnischen Gruppen. Eine deutliche Bevölkerungsmehrheit war russischsprachig (über 78 %), auf Träger der ukrainischen und krimtatarischen Sprache entfielen jeweils etwa 10 %. Ein Großteil der ethnischen Russen und auch ein Teil der russischsprachigen Ukrainer auf der Krim bringt Russland sehr große bis große Sympathien entgegen und fühlt sich der »Russischen Welt« zugehörig.

Ziel der Geschichtspolitik Russlands und der seit Februar/März herrschenden neuen Machthaber auf der Krim ist es, die Russen in der Russischen Föderation und die russischsprachige Mehrheit der Krim als eine integrale Erinnerungsgemeinschaft und soziokulturelle Einheit zu imaginieren, um die Annexion der Krim gleichsam als das selbstverständliche Ergebnis des angeblich seit 1991 beobachtbaren Bestrebens der Bevölkerungsmehrheit der Krim nach einem Anschluss an das Mutterland erscheinen zu lassen. Die geschichtspolitisch als »natürlich« verbrämte »Wiedervereinigung« der Krim mit Russland ist historisch jedoch keineswegs selbstverständlich: Die Geschichte der Krim, die erst 1783 von Katharina der Großen annektiert worden ist, ist multinational und vom Wechsel unterschiedlicher Herrschaften geprägt. Die von Stalin 1944 deportierten und während der Perestrojka in großer Zahl wieder zurückgekehrten Krimtataren, die im 15. Jahrhundert ein politisch differenziertes und kulturell entwickeltes

multiethnisches Reich begründet haben (das Krimkhanat), betrachten die Halbinsel als ihre historische Heimat und sehen mehrheitlich ihre autonomen Rechte am besten innerhalb des ukrainischen Staates gewährleistet. In Regionen außerhalb Sewastopols hat sich in den letzten Jahren bereits ein pragmatisches, regionales Krim-Bewusstsein herausgebildet, das sich mit der Zugehörigkeit zur Ukraine durchaus versöhnt hat.

Russische Bevölkerungsmehrheit und Dominanz der russischen Sprache sagen aber noch wenig darüber aus, in welchem Staat die Mehrheit der Krimbewohner leben will. In den letzten Jahren sah eine Mehrheit der Krimbevölkerung in der Ukraine ihr »Vaterland«, wobei das Ausmaß dieser Zustimmung erheblichen Schwankungen unterworfen war und in engem Zusammenhang mit der allgemeinen innen- und machtpolitischen Situation des Landes stand. Laut einer Umfrage des Kiewer Rasumkow-Zentrums stieg diese Zustimmung von 40,1 % im Jahre 2008 auf 71,3 % im Jahre 2011 (2006: 74 %). Der Anteil derjenigen, die eine Angliederung der Krim an Russland befürworteten, war dabei unter Pensionären besonders hoch. So ist es nicht verwunderlich, dass die prorussischen Machthaber auf der Krim gerade diese noch von der Sowjetzeit geprägte Bevölkerungsgruppe besonders gut mobilisieren konnten. Die auf die Beschwörung der vom Majdan ausgehenden faschistischen Gefahr (»Russland oder Faschismus«) und die mit der Angliederung einhergehenden sozialen Wohltaten (Anpassung der Renten an das russische Niveau bzw. ihre spürbare Erhöhung) erzielte im Lichte des durch den Sturz Janukowytschs ausgelösten politischen Vakuums und der damit verbundenen politischen Orientierungslosigkeit unter der Krimbevölkerung eine besondere Wirkung, die durch die bis zum 5. März auf der Krim vollzogene Abschaltung unabhängiger Fernsehmedien und ukrainischer Fernsehkanäle und damit durch die Ausschaltung alternativer Sichtweisen noch gesteigert wurde. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die »Partei der Regionen« (PdR) die Stimmungsmache gegen den faschistischen Majdan bereits seit Ende 2013 in den ihr nahestehenden Medien anheizte: Laut Andrij Klymenko, Chefredakteur der Internetplattform »Blackseanews« und bis Anfang 2014 Mitglied im Expertenrat bei der Regierung der Autonomen Republik Krim (ARK), schlugen die Repräsentanten der PdR auf der Krim bereits unmittelbar nach Beginn der gewaltsamen Zerschlagung der Studentenproteste in Kiew Ende November Empfehlungen von Experten aus, in einen Dialog mit den Demonstranten zu treten und die für die Gewalt Verantwortlichen zu bestrafen. Stattdessen sollten sämtliche Erscheinungen und führende Akteure des Majdan in den regierungsnahen ukrainischen Medien und dem unter Kontrolle der PdR stehenden staatli-

chen Fernsehkanal der Krim als Ausdruck von Faschismus bzw. eines radikalen ukrainischen Nationalismus dargestellt werden, um den radikalen außenpolitischen Kurswechsel weg von der Europäischen Union bzw. die Anlehnung an Russland zu rechtfertigen.

Das Ergebnis des Referendums vom 16. März selbst hat kaum Aussagekraft, da die Art seiner Durchführung und die einschüchternde Präsenz russischen Militärs nicht einmal ansatzweise die Bedingungen einer freien Willensäußerung erfüllten. In einer vom »Kiewer Internationalen Institut für Soziologie« (KMIS) und der Kiewer Stiftung »Demokratische Initiativen« durchgeführten Umfrage von Mitte Februar 2014 sprachen sich 41 % (Ende 2013: ca. 36 %), also deutlich weniger als die Hälfte der Krimbewohner für eine Vereinigung der Ukraine mit Russland aus. In einer Stichprobenumfrage des Rasumkow-Zentrums vom Dezember 2013 sprechen sich nur 29 % der auf der Krim Befragten für eine Lösung der Halbinsel von der Ukraine aus. Ein wichtiges Indiz für die Realitätsnähe dieser Zahlen bildet eine am 21. April 2014 veröffentlichte Nachbefragung von Experten und Bürgern auf der Krim, die nach dem Referendum vom »Rat zur Entwicklung der Bürgergesellschaft und der Menschenrechte beim Präsidenten der Russischen Föderation« durchgeführt wurde. Demnach habe eine erdrückende Mehrheit der Bewohner Sewastopols bei einer Wahlbeteiligung von 50–80 % für den Anschluss an Russland gestimmt, wovon sich die Zahlen für die Autonome Republik Krim jedoch deutlich unterschieden: hier hätten 50–60 % bei einer Wahlbeteiligung von nur 30–50 % für den Anschluss gestimmt. Dabei gab auf der Krim weniger die russische Identität oder die Angst vor sprachkultureller Unterdrückung, sondern die ausufernde Korruption der die Krim beherrschenden Donezker Clans aus Reihen der PdR den Ausschlag, die bis Anfang 2014 die Politik auf der Halbinsel kontrolliert hat. Die Untersuchung des russischen Menschenrechtsrates demonstriert, dass bezüglich der politischen Loyalitäten und des kollektiven Bewusstseins der Bewohner Sewastopols und des Gebiets der ARK differenziert werden muss: In der »Heldenstadt« Sewastopol, dem Sitz der »ruhmreichen russischen Schwarzmeerflotte« verbindet sich die russische Kulturidentität mit sowjetischem und russisch-imperialem Stolz. Dagegen hat sich in den Regionen außerhalb Sewastopols in den letzten Jahren bereits ein pragmatisches, regionales Krim-Bewusstsein herausgebildet, das sich in weiten Teilen mit der Zugehörigkeit zur Ukraine allmählich versöhnt hat. Zudem haben sich schon in der Sowjetzeit und vor allem nach 1991 zwischen der Krim und ihrem südukrainischen Hinterland enge kulturelle und wirtschaftliche Verbindungen herausgebildet, die heute für viele kleinere und mittlere Unternehmen wichtig sind.

## Fazit

Die Unabhängigkeitserklärung der »Autonomen Republik der Krim und der Stadt Sewastopol« sowie das Referendum vom 16. März 2014 stellten bereits eine Verletzung des ukrainischen Verfassungs- und Staatsrechts dar. Eine genaue Analyse der politischen Stimmung auf der Krim zeigt jedoch, dass im Falle eines unter freien und demokratischen Bedingungen durchgeführten Referendums ein Ergebnis zugunsten Russlands selbst in der Phase der extremen ukrainischen Staatskrise keineswegs selbstverständlich zu erwarten gewesen wäre. Darüber hinaus hätte Russland im Frühjahr 2014 weit aus kostengünstigere Möglichkeiten gehabt, die russische Minderheit effektiv zu unterstützen: Die damals gültige Verfassung der ARK garantiert der Halbinsel in engen Grenzen einige Hoheitsrechte, weswegen die

Autonomie in Verhandlungen durchaus ausbaubar gewesen wäre, ohne die staatliche Integrität zu gefährden. Die politischen Voraussetzungen waren gegeben: Die ukrainische Führung war zu Verhandlungen über die Stärkung der Autonomie bereit, während die russische Führung im Lichte der Krise des ukrainischen Staates in einer starken Position war. Vieles deutet daher darauf hin, dass es Putin und seiner Entourage im Frühjahr 2014 kaum um das Wohl der Krimbevölkerung ging; vielmehr diente Putin die Annexion als Hebel, die widerspenstige Ukraine massiv zu destabilisieren, den Einfluss Russlands im Nachbarland zu sichern, den Russen »die Perle des Imperiums« zurückzugeben, um somit sein Hauptziel zu erreichen: Legitimation und Sicherung seiner autoritären Herrschaft.

### Über den Autor

Wilfried Jilge ist Osteuropahistoriker und Lehrbeauftragter an der Universität Leipzig. Er lebt zur Zeit in Wien.

## ANALYSE

# Die symbolische Bedeutung der Halbinsel Krim für Russland

Kerstin S. Jobst, Wien

## Zusammenfassung

Die im 18. Jahrhundert vom Zarenreich aus machtpolitischen Überlegungen eroberte Halbinsel Krim ist in der Zeit danach für viele Russen ein besonderer Ort geworden, der nicht mehr als fremd, sondern als russisch empfunden wird – und das bis heute, wie die gegenwärtige Zustimmung des überwiegenden Teils der russischen Bevölkerung zur Annexion der Halbinsel im März 2014 durch Moskau unterstreicht. Der Krim wird aufgrund der Tatsache, dass sie von zahllosen Literaten besungen wurde und als Ort der klassischen Tauris gilt, große kulturelle Bedeutung zugeschrieben. Sie ist zugleich ein militärischer Erinnerungsort und gilt als Ausgangspunkt der Christianisierung der Kiewer Rus. Der ehemaligen Titulnation der muslimischen Krimtataren wurde und wird hingegen mit Misstrauen begegnet.

## Die Krim als besonderer Ort

Nachdem sich die Russländische Föderation im März 2014 die am nördlichen Schwarzmeerufer gelegene Krim einverleibt hat – es war die zweite Annexion der Halbinsel durch ein russisches Staatswesen nach 1783 –, wurde dieser Schritt von Völkerrechtlern und Osteuropaexperten zwar nicht einhellig, aber doch überwiegend als unrechtmäßig eingeschätzt und verurteilt. Viele Politiker, Medien und die Öffentlichkeit im Westen waren jedenfalls sehr über diesen Schritt Moskaus verwundert: Warum, so wurde gefragt, nimmt die Russische Föderation eine Ächtung durch die internationale Gemeinschaft für ein nur knapp 27.000 Quadratkilo-

meter großes Gebiet in Kauf, auf dem nur etwas über zwei Millionen Menschen leben? Das Erstaunen im Westen war wohl nicht zuletzt auch deshalb so groß, als dass es sich bei der Krim um eine Weltgegend handelt, welche die meisten Europäer (und noch mehr US-Amerikaner) bis vor einem Jahr kaum auf der Landkarte gefunden hätten und über dessen Bewohner und Kultur selbst Geschichtsinteressierte bislang nur wenig zu sagen wissen.

Das russische Vorgehen allein mit Machtpolitik erklären zu wollen, die letztlich darauf abzielt, die nach dem Zerbrechen der Sowjetunion verlorenen Gebiete in der einen oder anderen Form wieder unter den Einfluss

Moskaus zu bringen, greift insbesondere im Fall der Krim zu kurz, denn sie ist keinesfalls »irgendein« Territorium aus der Erbmasse der UdSSR. Der Halbinsel kommt vielmehr aus einer ganzen Reihe von Gründen im kollektiven Bewusstsein der russischen Bevölkerung (und auch anderer ehemaliger Sowjetbürger und -bürgerinnen) eine enorme Bedeutung zu, ist die *Krim doch für sie ein besonderer Ort, der außerordentlich hohes symbolisches Kapital birgt*. Das soll im Folgenden vor dem Hintergrund der historischen Genese der russischen Herrschaft über die Halbinsel dargelegt werden. Einführend sei festgehalten, dass die Eroberung der Krim ursprünglich tatsächlich aus machtpolitischen Überlegungen erfolgt war, die Halbinsel aber alsbald als ein Ort wahrgenommen wurde, der nicht nur als historisch und kulturell auf das Engste mit dem russischen Kerngebiet verbunden, sondern geradezu als elementar *russisch* empfunden wurde. Dass dies nur mit Hilfe einiger eklatanter Umdeutungen historischer Fakten gelingen konnte, sei schon hier bemerkt.

### Die Annexion von 1783

Die 1783 erfolgte Annexion der Krim durch das Zarenreich beendete das knapp ein Jahrzehnt dauernde Experiment Katharinas II., über das muslimische Krim-Chanat eine indirekte Herrschaft auszuüben. Das seit dem 15. Jahrhundert unter osmanischer Oberhoheit stehende Gebiet hatte über mehrere Jahrhunderte die offene russische Südgrenze durch seine Reiterhorden und Sklavenzüge bedroht, war aber seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert technologisch gegenüber dem sich modernisierenden Russland ins Hintertreffen geraten. Die Annexion war ein kolonialer Akt, der im Kontext mit sehr viel weitreichenderen, letztlich aber unverwirklichten Plänen – nämlich dem Traum von einer Eroberung Istanbuls/Konstantinopels durch das Zarenreich – zu sehen ist. Ein *besonderer* Ort aus russischer Sicht war die Krim zum Zeitpunkt der Einverleibung definitiv noch nicht; vielmehr wurde von Zeitgenossen ihre geopolitische Bedeutung betont.

Dies änderte sich allerdings schnell, erkannte doch schon Fürst Grigorij Potjomkin, der die Angliederung militärisch leitete, alsbald die landschaftliche Schönheit der mediterranen Südküste und träumte von einem wirtschaftlich lohnenden Erwerb für die Krone, wo der Weinanbau florieren und Seidenraupenplantagen den Wohlstand Russlands mehren sollte. Auch wenn sich diese hohen ökonomischen Erwartungen, vor allem auf dem Gebiet des Weinbaus, nur eingeschränkt erfüllen sollten, so verbreitete sich die Kunde von der schönen und klimatisch so bevorzugten Halbinsel recht schnell in ganz Europa. Die Krim wurde ein vielbereister Ort: Die russischen Zaren und bald auch viele andere Ange-

hörige der Oberschicht verbrachten dort ihre Sommerfrische; seit den 1920er Jahren schickte die Sowjetunion ihre mit besonderen Ehren ausgezeichneten Pioniere in das bis heute existierende Jugendlager »Artek«; und seit den frühen sechziger Jahren verbrachten Millionen regenerationsbedürftiger »Werkstätiger« ihren Urlaub auf der schönen Halbinsel. Die Krim wurde zum beliebtesten Urlaubsziel in der Sowjetunion – auch deshalb haben viele Russen heute noch eine so enge Bindung an diesen Ort.

Schon im 19. Jahrhundert suchten zivilisationsmüde, politisch missliebige oder kranke mehr oder weniger berühmte Russen Erholung auf der Krim. Einer der bekanntesten war wohl Anton Tschechow, der in seinem oberhalb von Jalta gelegenen Anwesen vergeblich Heilung von seiner Tuberkulose suchte, dabei aber dem Touristenzentrum an der Südküste mit seiner Novelle »Die Dame mit dem Hündchen« ein literarisches Denkmal setzte. Noch präsenter dürfte nicht nur russischen Bildungsbürgern Alexander Puschkins Poem »Der Tränenbrunnen« sein. Der unbestrittene russische Nationaldichter, der in den 1820er Jahren während seiner Verbannung nur wenige Wochen auf der Krim weilte, ist wie viele weitere, hier ungenannte Schriftsteller und Maler dafür verantwortlich, dass die Krim im russischen kollektiven Bewusstsein als ein integraler Ort russischer Kultur gilt. Zugleich wurde bereits im 18. Jahrhundert stolz auf die antike Vergangenheit der Krim hingewiesen, immerhin gilt die Halbinsel ja als der Ort der klassischen Tauris, welche unter anderem durch die Oper Glucks oder Goethes »Iphigenie auf Tauris« den gebildeten europäischen Oberschichten ein Begriff war.

### Russen und Krimtataren

In dem in vielen Varianten existierenden Narrativ von der russischen Krim wurden und werden nichtrussische bzw. nichtslawische Bevölkerungselemente, welche die Halbinsel seit Jahrtausenden prägten, ignoriert bzw. in eine mentale Distanz gerückt. Das bedeutet unter anderem, dass insbesondere die Krimtataren, die bis in das 19. Jahrhundert die Mehrheit der Krimbewohner ausmachten, entweder nicht thematisiert oder aber als gefährliche und illoyale Untertanen angesehen wurden und werden. Im Krimkrieg 1853–56 und auch im Zweiten Weltkrieg wurden die Krimtataren von vielen Russen als eine Art Fünfte Kolonne des militärischen Gegners angesehen – mit weitreichenden Konsequenzen: Während nach dem für das Zarenreich so unruhlich ausgehenden Krimkrieg die Massenauswanderung der Tataren aus Russland in das Osmanische Reich zwar durch die Administration gefördert, nicht aber gewaltsam durchgesetzt wurde, kam es 1944 nach der Rückeroberung der Halbinsel durch die Rote Armee zu umfangreichen ethni-

schen Säuberungen. Bis heute belasten diese für Krimtataren traumatischen Deportationen nach Zentralasien das krimtatarisch-russische Verhältnis. Ein schon seit dem 18. Jahrhundert wiederholt, etwa von Fürst Potjomkin geäußelter »Traum«, nämlich eine von seinem muslimischen Bevölkerungselement »befreite« und damit wahrhaftig russische Halbinsel, ging somit für einige Jahrzehnte in Erfüllung. Nach dem Zerfall der Sowjetunion konnten dann aber viele Krimtataren wieder leichter in die alte Heimat zurückkehren, so dass ihr Bevölkerungsanteil wieder auf rund 13 Prozent anstieg.

### Heldenstadt und Ort der Christianisierung?

Das problematische russisch-krimtatarische Verhältnis basiert nicht allein auf der religiösen Differenz, sondern vor allen Dingen auf der nicht mit historischen Fakten untermauerten Vorstellung, die Krimtataren hätten im Krimkrieg wie auch im Zweiten Weltkrieg mit den Osmanen bzw. mit der Deutschen Wehrmacht kollaboriert. Zwar kam es, wie in Kriegen allgemein üblich, partiell zur Unterstützung der Kriegsgegner durch Tataren, von einer massenhaften Kollaboration kann aber nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Im Zweiten Weltkrieg zeichneten sich Soldaten krimtatarischer Herkunft in der Roten Armee vielfach durch besondere Tapferkeit aus. Der Krimkrieg und der Zweite Weltkrieg sind zugleich der Grund dafür, dass die Halbinsel in der militärischen Erinnerungskultur Russlands eine so große Rolle spielt: Besonders die Stadt Sewastopol als Heimat der verehrten, tatsächlich aber militärisch immer nur mäßig erfolgreichen Schwarzmeerflotte, ist für Russen eine hochemotional besetzte »Heldenstadt«, die 1854/55 den Belagerern 349 und 1941/42 immerhin über zweihundert Tage standgehalten hat. Mehrere tausend Denkmäler und Tafeln – so will es zumindest die Legende – erinnern in der Stadt an diese heldenhaften Verteidigungen, die zahlreichen Artefakte dürfte kaum jemand nachgezählt haben.

In seiner Anfang Dezember 2014 gehaltenen Ansprache vor der Föderalen Versammlung sprach Präsident

Putin die Annexion der Krim im März des gleichen Jahres an und rechtfertigte sie mit einem Argument, das bereits nach der ersten Annexion von 1783 häufig zur Legitimierung russischer Ansprüche auf die Krim angeführt worden war, nämlich mit ihrer religiösen Bedeutung für Russland. Konkret sagte Putin, dass die sakrale und zivilisatorische Bedeutung der Halbinsel für Russland mit der des Tempelberges für Juden und Muslime vergleichbar sei. »In Chersones«, so Putin, »fand die Taufe des Großfürsten Wladimir statt, welche die Grundlage für die Christianisierung der Kiewer Rus war.« Er bezog sich damit auf ein in der berühmten »Nestor-Chronik« erwähntes Ereignis, demzufolge eben dieser Wladimir im Jahr 988 unweit des heutigen Sewastopol das Christentum angenommen haben soll. Auch wenn die Anwesenheit des Großfürsten auf der Halbinsel im Rahmen eines Feldzugs im genannten Zeitraum wohl unstrittig ist, so bleiben hinsichtlich der Frage, ob seine Taufe wirklich auf der Krim stattgefunden hat, geschichtswissenschaftlich viele Fragen offen. Dies gilt auch für die in russischen Erzählungen über die Krim gern kolportierte Geschichte, auch habe der Apostel Andreas auf einer Wanderung vom Heiligen Land in das Gebiet des heutigen Russland auf der Krim geweiht!

Insgesamt wird die Krim von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Russlands also als ein russisches Gebiet wahrgenommen, das mit den zentralrussischen Gebieten unter anderem durch Kultur (siehe Puschkin) und russisches Heldentum (siehe Sewastopol) unauflöslich verbunden ist. Ihre Zugehörigkeit zu der seit 1991 unabhängigen Ukraine wurde deshalb niemals akzeptiert, und der noch Anfang 2014 bei vielen Russen wegen seiner autoritären Innenpolitik so unbeliebte Wladimir Putin weiß seine Bürgerinnen und Bürger zumindest in diesem Punkt hinter sich. Dass Russland sich mit der Annexion der Krim im März 2014 völkerrechtlich ins Unrecht gesetzt hat, bleibt gleichwohl eine Tatsache.

### Über die Autorin

Kerstin S. Jobst ist Professorin für Osteuropäische Geschichte an der Universität Wien.

### Lesetipps

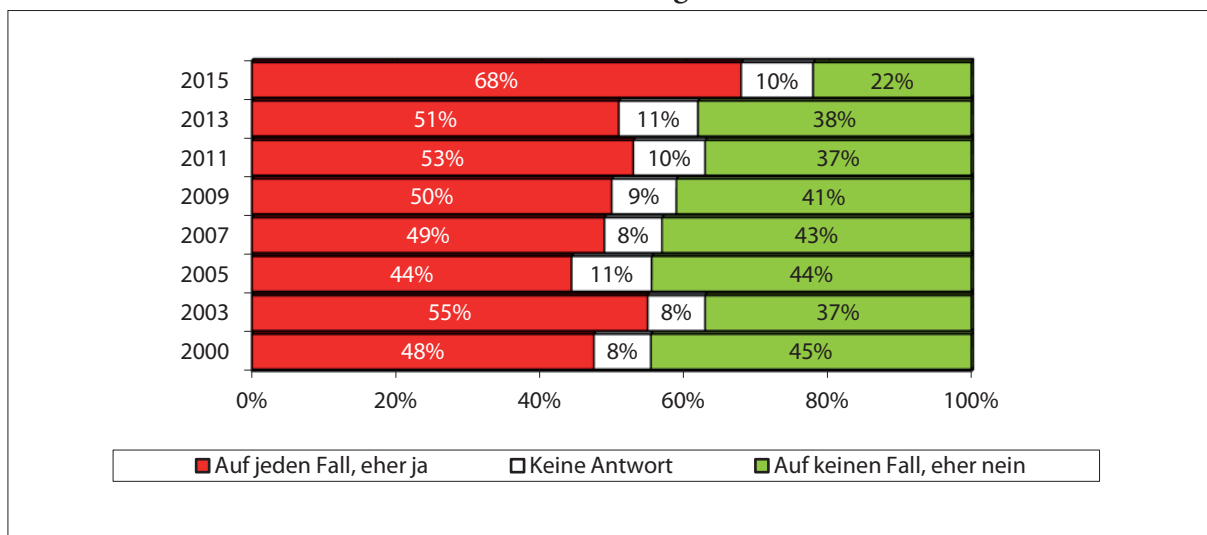
- Jobst, Kerstin S.: Die Perle des Imperiums. Der russische Krim-Diskurs im Zarenreich, Konstanz, 2007.
- Kozelsky, Mara: Christianizing Crimea. Shaping Sacred Space in the Russian Empire and Beyond. DeKalb (Ill.), 2010.



UMFRAGE

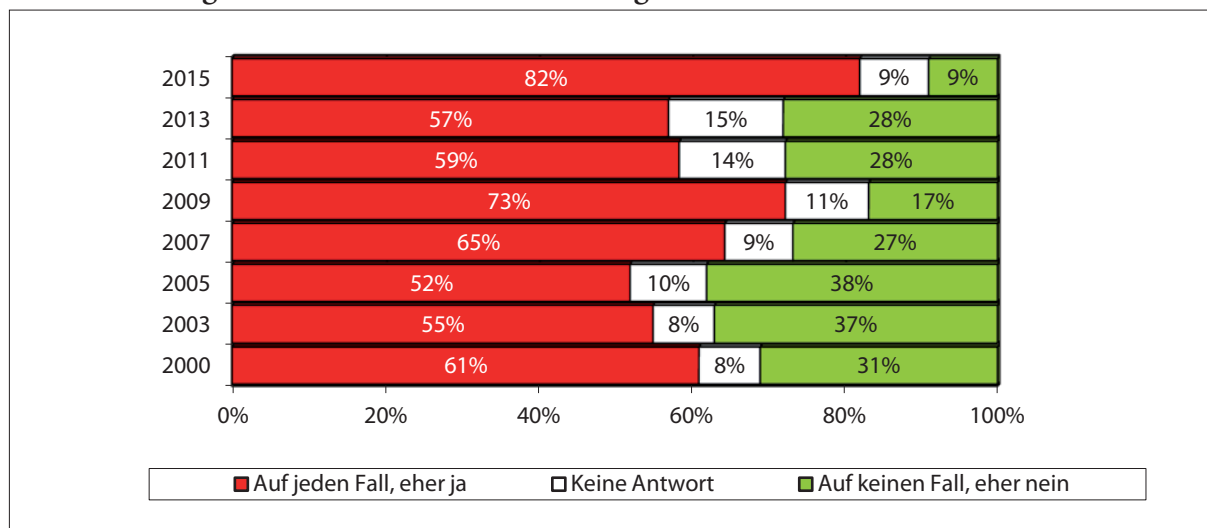
## Äußere Bedrohung und Einstellung zum Wehrdienst

Grafik 1: Besteht heute eine militärische Bedrohung durch andere Staaten?



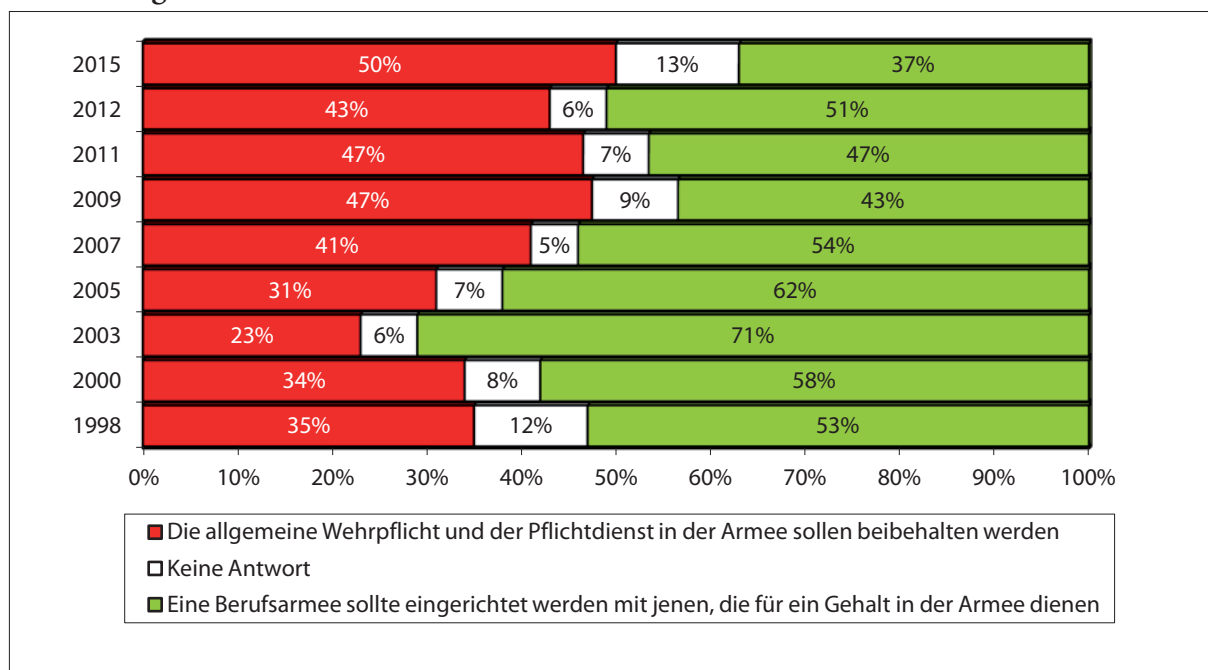
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Januar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 22. Februar 2015 unter: <<http://www.levada.ru/print/21-02-2015/sluzhba-v-armii-i-voennye-ugrozy>>

Grafik 2: Ist unsere Armee in der Lage, Russland im Falle einer realen militärischen Bedrohung durch andere Staaten zu verteidigen?



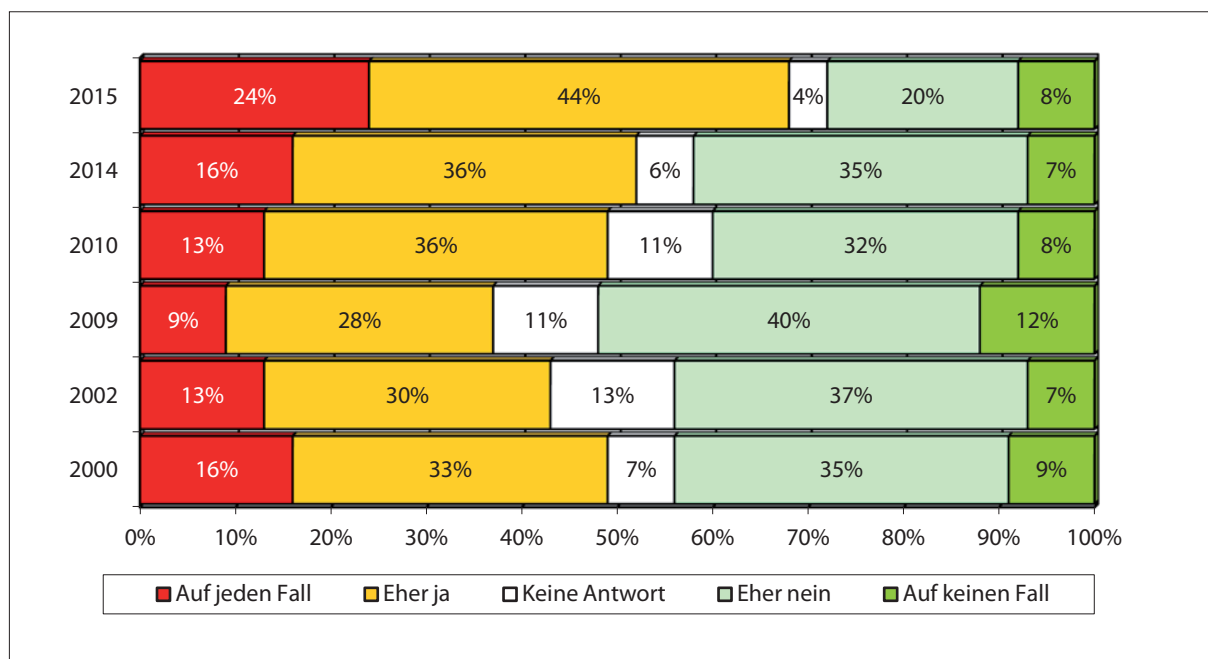
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Januar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 22. Februar 2015 unter: <<http://www.levada.ru/print/21-02-2015/sluzhba-v-armii-i-voennye-ugrozy>>

**Grafik 3: Sollte die allgemeine Wehrpflicht erhalten bleiben oder sollte es eine Berufsarmee geben?**



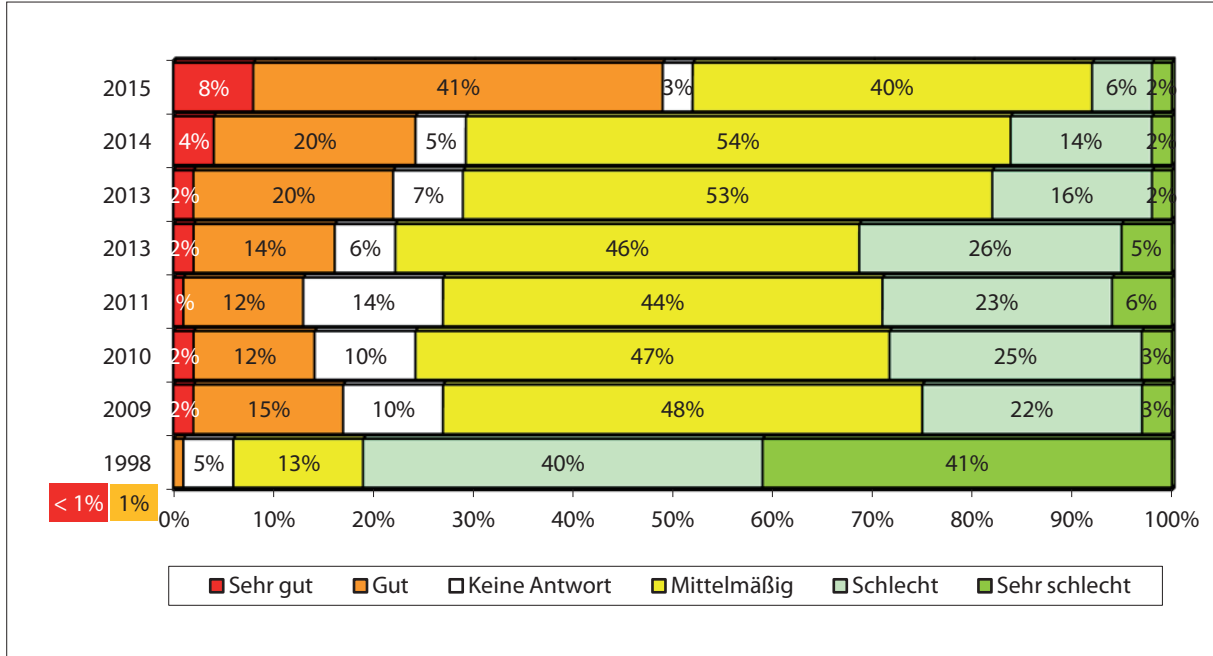
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Januar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 22. Februar 2015 unter: <<http://www.levada.ru/print/21-02-2015/sluzhba-v-armii-i-voennye-ugrozy>>

**Grafik 4: Wird Russland heute durch andere Staaten militärisch bedroht?**



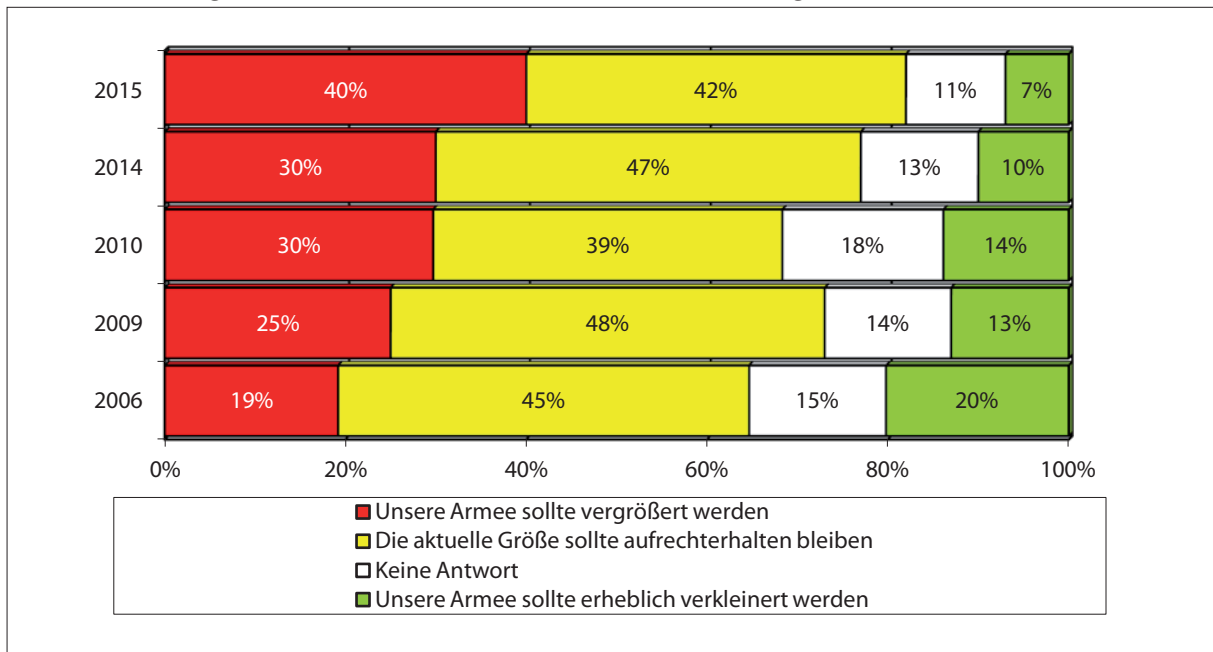
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 14.–15. Februar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 20. Februar 2015 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=115157>>

**Grafik 5: Wie bewerten Sie den Zustand der russischen Armee?**



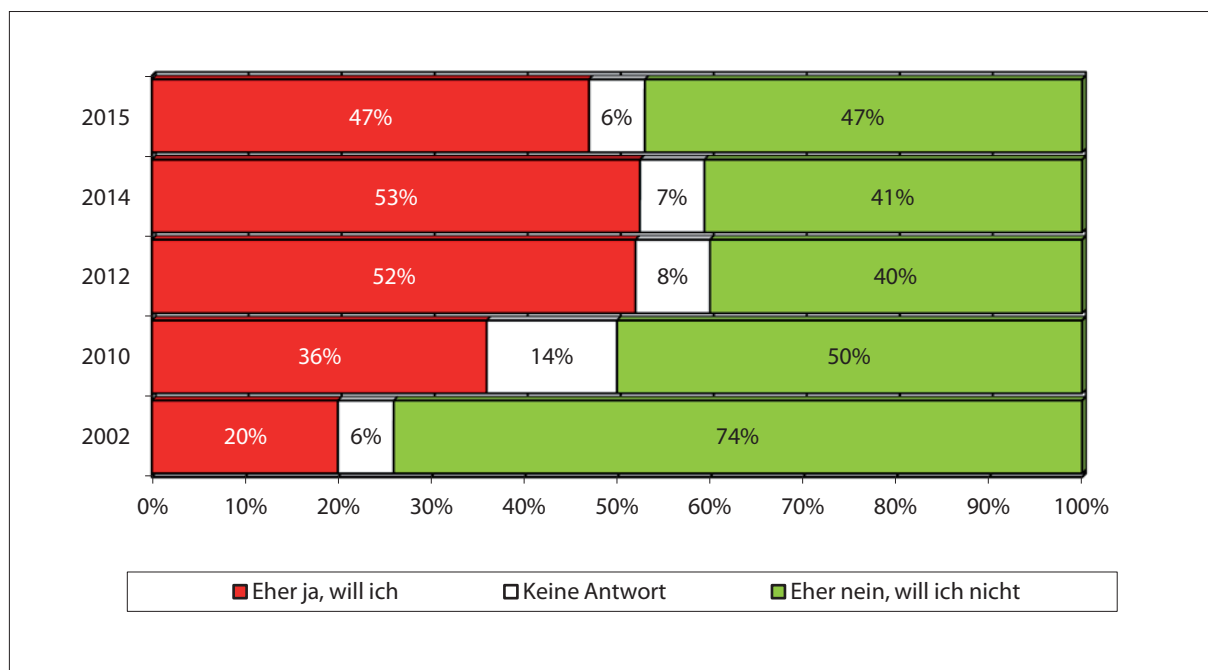
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 14.–15. Februar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 20. Februar 2015 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115157>>

**Grafik 6: Wie groß sollte die Russische Armee Ihrer Meinung nach sein?**



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 14.–15. Februar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 20. Februar 2015 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115157>>

**Grafik 6: Möchten Sie, dass ihr Sohn, Bruder, Ehemann oder ein anderer naher Verwandter in der Armee dient?**



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 14.–15. Februar 2015, N = 1600. Veröffentlicht am 20. Februar 2015 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&tuid=115157>

## AUS RUSSISCHEN BLOGS

### Einen frohen Tag des Vaterlandsverteidigers!

Jedes Jahr wird in Russland am 23. Februar der Tag des Vaterlandsverteidigers gefeiert. Das Datum aus dem Jahr 1918 gilt als der Gründungstag der Roten Armee. 1922 wurde der Feiertag als »Tag der Roten Armee und Flotte« eingeführt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er in »Tag der sowjetischen Armee und Kriegsmarine« umbenannt. Im Laufe der Zeit wurde der 23. Februar gleichzeitig und inoffiziell zum »Tag des Mannes« – ein Tag, an dem alle Männer, auch wenn sie nicht in der Armee gedient haben, von den Frauen beglückwünscht und beschenkt wurden. Im Jahr 2002 erhielt der 23. Februar seinen heutigen Namen und wurde zum arbeitsfreien Feiertag erklärt.

Kritiker sagen, dass das Datum für den Tag des Vaterlandsverteidigers ausgesprochen unglücklich ist, da der eben gegründete sowjetische Staat im Februar 1918 vom kaiserlichen Deutschland militärisch gedemütigt, und kurz danach – am 3. März – gezwungen wurde, den Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit zahlreichen Zugeständnissen zu unterschreiben. Die ZK-Sitzung, auf dem beschlossen wurde, wieder an den Verhandlungstisch in Brest-Litowsk zurückzukehren, fand gerade am 23.2. statt.

Der Krieg in der Ukraine, die politische Konfrontation mit dem Westen und die zunehmende Militarisierung Russlands geben den Debatten über die Bedeutung des sowjetischen Feiertages im modernen Russland neue Impulse. Ihre Einstellung zum Tag des Vaterlandsverteidigers sowie »Gratulationen« formulierten u. a. der Politologe Sergej Markow (Direktor des »Instituts für politische Forschung«), der Wirtschaftswissenschaftler Alexej Melnikow (Mitglied der Partei »Jabloko«), die Publizistin Olga Tuchanina (Zeitung »Komsomolskaja Prawda«), Nikolaj Starikow (Mitbegründer der Bewegung »Antimaidan« und Geschäftsführer des Senders »Perwyj Kanal – St. Petersburg«) und der Journalist Matwej Ganapolskij (Radiosender »Echo Moskwy«).

**Markow: »Gratuliere allen zum Tag des Vaterlandsverteidigers!«**

»Heute ist Russland wieder unter Beschuss. Die Kriegspartei der NATO-Staaten hat einen hybriden Krieg gegen Russland entfesselt. Russland wird heute sowohl an der diplomatischen Front verteidigt, als auch an der Sanktions-, der Informations-, der politischen Front, sowie gegen die 5. und 6. Kolonne, und natürlich in der besetzten Ukraine, wo das Volk des Donbass sich gegen die Junta erhoben hat. Aber wir erinnern uns, dass die Unseren auch den Großen Vaterländischen Krieg vor 70 Jahren gewonnen, Napoleon zerschlagen haben und noch viele andere, die Russland auf der Jagd plündern wollten. Wenn wir unsere Pflicht erfüllen, wenn wir Russland jetzt verteidigen, werden wir den friedlichen Himmel sicherstellen! Durch Macht und Verstand! Darin besteht heute der Sinn dieses Feiertages, und nicht etwa darin, allen zu gratulieren, die eine Hose und nicht einen Rock tragen. Das Recht, am 23. Februar beglückwünscht zu werden, muss verdient werden!«

*Sergej Markow auf Facebook, 23. Februar 2015; <<https://www.facebook.com/sergey.markov.5/posts/623718154422520>>*

**Melnikow: »Tag des angreifenden Vaterlandes«**

»Jeder Feiertag des modernen russischen Staates, der mit einem Militärthema verbunden ist, wird nach der Aggression von W. W. Putin in der Ukraine, die mit der Eroberung der Krim durch russische Armeeinghörige und deren nachfolgendem Anschluss begonnen wurde, einen Schatten nicht nur der Zweideutigkeit, sondern der offenen Lüge tragen.

Das betrifft sowohl den heutigen Tag des Vaterlandverteidigers als auch die kommenden Feierlichkeiten, die dem 70. Jubiläum der Beendigung des Zweiten Weltkriegs gewidmet sind.

Dass die eitrige Geschwulst sowjetischen Revanchismus' sich in die Ukraine ergossen hat, zeigt nur eines: Die Verwesung der Überreste der formal vor fast einem Vierteljahrhundert verschwundenen UdSSR ist längst noch nicht abgeschlossen.

Und die Tatsache, dass die sowjetischen formalen Feiertage, die unser Land geerbt hat, immer noch begangen werden, ist ein weiterer Beweis dafür. [...]«

*Alexej Melnikow auf Livejournal, 23. Februar 2015 <[http://echo.msk.ru/blog/alex\\_melnikov/1498922-echo/](http://echo.msk.ru/blog/alex_melnikov/1498922-echo/)>*

**Tuchanina: Warum es einigen Leuten schwerfällt, sich über Feiertage zu freuen**

»Für den Durchschnittsbürger ist der 23. Februar ein gewöhnlicher Festtag, ein ›Herrentag‹. Betriebsfeier, Tanz. Die Mädchen machen den Jungs Geschenke, selbst dann, wenn die Mädchen fast vierzig sind, und die Jungs nächstes Jahr in Rente gehen. Selbst wenn das Mädchen ein Scharfschütze einer Spezialeinheit ist, und der Junge in seinem Leben außer einer Geige nichts in der Hand gehabt hat. So hat es sich ergeben. Am 8. März wird es auch Betriebsfeier und Tanz geben, und dann werden die Jungs den Mädchen gratulieren und ungelenke, rührende Gedichte mit holprigen Reimen und tanzender Silbenzahl in den Zeilen schreiben. Das ist das Leben.

Anders wirken die im Kalender rot markierten Tage auf die Geistesfürsten. Denen erlaubt das Gewissen nicht, den Bürgern ein banales ›Gratuliere!‹ zu sagen. Gratuliere – aber wozu eigentlich? Man muss sich doch auseinandersetzen. Jeder Feiertag muss – ganz wie eine Münze – mit den Zähnen geprüft werden, mit dem Eckzahn. Ist er nicht etwa falsch, wie der Weihnachtsbaumschmuck, der keine Freude bringt? Was feiern wir nun eigentlich? Den Tag des Vaterlandsverteidigers? Und welches Vaterlandes? Hat es sich überhaupt gelohnt, dieses Vaterland zu verteidigen? Wissen Sie denn nicht, dass das Datum zurechtgeschustert ist? Es sind keine Siege an diesem Tag errungen worden. Man ist nur geflohen und hat sich ergeben, hat sich ergeben und ist geflohen – in eben jenem Jahr achtzehn des vorigen Jahrhunderts. Nichts als Mythen, die die stalinistische Propaganda anschließend erfunden hat. Apropos, wie mundet euch der Salat, wo doch an diesem tragischen Tag ganze Völker [Tschetschenen und Inguschen im Jahr 1944; d. Red.] deportiert wurden? [...]«

*Olga Tuchanina auf kp.ru (»Komsomolskaja Prawda«), 22. Februar 2015 <<http://www.kp.ru/daily/26345.7/3227828/>>*

**Starikow: Frohen Tag des Vaterlandsverteidigers!**

»Wenn du die eigene Armee nicht fütterst, fütterst du eine fremde. Russland hat seine Verteidiger gefüttert und geehrt, deswegen auch hat Napoleon, der Urheber des obigen Ausspruchs, Armee und Krone verloren, als es ihm einfiel, unser Land anzugreifen.

Ein Militärangehöriger hat in Russland immer Respekt genossen. Und dann, als unser Volk, geblendet von Propaganda und Manipulatoren, für kurze Zeit aufhörte, seine Armee und seine Verteidiger zu vergöttern, da badete er im Blut, fing an zu hungern. Die Jahre 1917 und 1991 sind klare Belege dafür.

»Russland hat nur zwei Verbündete, seine Armee und seine Flotte«, hat Kaiser Alexander III. gesagt. Ich erlaube mir, diese Aussage meines Lieblingsherrschers ein wenig zu ergänzen.

»Russland hat nur drei Verbündete, seine Armee, seine Flotte und seine Spezialdienste«.

Frohen Tag des Vaterlandsverteidigers!«

*Nikolai Starikov auf [nstarikov.ru](http://nstarikov.ru), 23. Februar 2015 <<http://nstarikov.ru/blog/49308>>*

### **Ganaposlkij: Mütter, wartet auf die Särge!**

»[...] Die Hälfte der Bevölkerung der Russischen Föderation (50 %) sei davon überzeugt, dass die allgemeine Wehrpflicht und der obligatorische Dienst in der Armee in der Zukunft beibehalten werden sollten. An diesen Zahlen wäre nichts Verwunderliches, wenn dieser Wert nicht 10 Prozentpunkte höher läge als im Vorjahr (40 %), berichtet das angesehene »Lewada-Zentrum«.

Das »Unersättliche Monstrum«, also in diesem Fall unser Staat, kann den nächsten Sieg feiern: Der Grad an rüdtiger TV-Propaganda, das Schüren von Hass gegen den nächsten Nachbarn, die Märsche gegen nicht existierende Maidane, das alles hat das seinige getan: Mamas und Papas sind bereit, ihr Kind in den Rachen des Monstrums zu werfen.

Und hier muss man verstehen, wofür die Mütterchen und Väterchen eigentlich stimmen. Dass man in der Armee dienen muss, das ist keine Frage. Aber gerade deswegen auch hat die Gesellschaft all die Jahre mit der Armeemaschine gekämpft, damit der Dienst [dort] eine Arbeit wird, damit man einen Vertrag unterzeichnet, in dem das Wesen des Dienstes beschrieben wird, damit dieser Vertrag keine Zeile enthält, dass für einen General eine Datscha gebaut werden muss, nur so als Beispiel. Damit das wichtigste Recht eines Militärangehörigen festgeschrieben ist, nämlich: zu verstehen, was die Militärmaschine mit ihm vorhat.

Die Mamas und Papas aber, die sich an russischen Fernsehprodukten sattgesehen haben, sind bereit, ihr Kind im gewöhnlichen Einzugsverfahren zum Wehrdienst in die Armee zu schicken, also in eine rechtslose, ungeteilte und absolute Nutzung durch den Staat. Damit man aus ihm unverzüglich einen »Urlauber« macht, zum Beispiel. Damit dieser »Urlauber« in den Donbass fährt, als Bergmann oder Mähdrescherfahrer verkleidet; so wird es jetzt »von oben« empfohlen.

Und damit dann ein Zinksarg nach Hause kommt.

Und dann kommt das Weinen der Mama um den getöteten Sohn, und die Aufnahmen bei irgendwelchen »Life-news«, in denen sie, im schwarzen Kopftuch und mit verweinten Augen, stammelt: »Es war also notwendig, für das Land! [...]«

*Matweij Ganapolskij bei »Echo Moskwy«, 23. Februar 2015; <<http://echo.msk.ru/blog/ganapolsky/1498866-echo/>> [der hier zitierte Blogeintrag wurde am Folgetag von »Echo Moskwy« gelöscht; Anm. S. Medvedev]*

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin  
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

## NOTIZEN AUS MOSKAU

### **Wer plant was wann?**

Jens Siegert, Moskau

**D**mitrij Muratow, Chefredakteur der Nowaja Gaseta, ist ein seriöser Mensch, höchst geachtet von Freund und Feind. Vergangene Woche gab er dem Radiosender Echo Moskaus ein Interview (<<http://echo.msk.ru/programs/personalno/1494328-echo/>>). Darin erklärte er, seine Zeitung sei im Besitz eines Dokuments, das belege, dass ein Plan sowohl für die Krimannexion als auch für die russische Invasion in der Ostukraine bereits vor dem Sturz des damaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch vor einem Jahr ausgearbeitet worden sei. Das Dokument stamme aus dem Umfeld des »Oligar-

chen« Konstantin Malofejew, eines Mannes mit direktem Zugang zum Kreml.

Dieser Plan oder besser, dieses Szenario, von dessen Authentizität Muratow überzeugt ist, beschreibt demnach Janukowytsch als »moralisch unzuverlässig«. Er sei schwach, so werde dort eingeschätzt, und könnte in der zugespitzten Situation durchaus den Deal mit Moskau vom November 2013 aufkündigen, mit den prowestlichen Kräften in der Ukraine einen Kompromiss eingehen, um Präsident zu bleiben und Immunität zu erhalten. Die Ukraine drohe also erneut Richtung Westen abzu-

driften und darauf müsse man reagieren, indem man die zentrifugalen Kräfte auf der Krim und im Südosten der Ukraine stärke, bis hin zur Infragestellung der territorialen Integrität der Ukraine.

Muratow datiert das Dokument auf die Zeit zwischen dem 4. und dem 15. Februar 2014, also zwei bis drei Wochen vor Janukowytschs Sturz. Bisher gingen die meisten Analysen, auch meine, davon aus, dass die Besetzung der Krim ebenso wie die spätere Annexion durch russische Soldaten eine spontane, situative Entscheidung des Kreml gewesen war. Janukowytschs Sturz war gleichzeitig Niederlage und Gelegenheit. Die Entscheidung des Kreml erwies sich zwar als sehr erfolgreich, wie sich herausgestellt hat, war aber eben nicht so und zu diesem Zeitpunkt geplant. Diese Sichtweise stellt Muratow nun mit Hinweis auf das seiner Zeitung vorliegende Dokument in Frage. Haben wir also alle geschlafen? Die Pläne des Kremls falsch eingeschätzt? Das Udenkbare nicht gedacht, weil wir es nicht denken wollten? Ich denke, es ist komplizierter.

Zuerst eine eher grundsätzliche Bemerkung. Wir wissen heute, was passiert ist. Doch bevor es passierte, konnte es niemand wissen. Es ist immer eine Versuchung und immer eine Gefahr, die Bewertung von Vergangenheit zu stark auf heutiges Wissen zu stützen.

Ich bin seit einigen Jahren Teil einer ursprünglich vom Moskauer Carnegie-Zentrum koordinierten Gruppe von etwa 40 Experten, vor allem aus Russland, aber auch aus den USA, Großbritannien und eben mit einem Deutschen, die Szenarien für die politische Entwicklung Russlands diskutiert. Dabei geht es natürlich nicht darum, die Zukunft voraus zu sagen, sondern um die Analyse plausibler Entwicklungsmöglichkeiten und, das dann doch auch, um die Bewertung ihrer Wahrscheinlichkeit. Für die Zeit bis 2025 entwickelte diese Gruppe 2010/2011 drei Szenarien: eine vorsichtige liberale Öffnung des politischen Systems, eine »Trägheitsszenario« genannte Mischung aus autoritärer Kontrolle und begrenzten Freiheiten (ähnlich dem putinschen System unter Präsident Medwedjew), und eine Variante, die intern ein wenig selbstironisch »Stalin light« genannt wurde und eine nationalkonservativ-imperiale Entwicklung beschrieb, die dem, was wir jetzt sehen, sehr nahe kommt.

Ziemlich einmütig kam diese ja nicht ganz kleine und auch politisch durchaus heterogene Gruppe zu dem Schluss, dass ein liberaler *turn* unter Putin kaum zu erwarten sei. Allerdings war 2011 noch Medwedjew Präsident und Putins Rückkehr in den Kreml zumindest nicht ausgemacht. »Stalin light« hielten wir für eher unwahrscheinlich, vor allem weil es die Stellung Putins über der politischen Elite und als oberster »Schiedsrichter« gefährden und wohl eine Dynamik auslösen würde,

die Putins Herrschaft selbst gefährden könnte. Also blieb das »Trägheitsszenario«. Für diese Erwägungen sprach auch die Putin bis dahin eigene Risikoscheu. Oder anders ausgedrückt der Umstand, dass er grundlegende und damit schwer oder kaum revidierbare Entscheidungen so lange wie möglich zu vermeiden versuchte.

Allerdings sahen wir auch die, wenn man so will, Gefahr, dass das Trägheitsszenario, weil dabei echte Reformen ausbleiben, mit der Zeit unvermeidliche zu wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Krisen führen würde, die wiederum den Machterhalt Putins in Frage stellen könnten. In solchen Krisen aber hat sich Putin bisher immer für, grob gesagt, weniger Freiheit und mehr Kontrolle entschieden. Im Falle einer großen (oder im Kreml als groß empfundenen) Gefahr und Krise würde, so urteilten wir seinerzeit, die Versuchung (möglicherweise gar eine machterhaltende »Notwendigkeit«) des Kreml, sich in Richtung »Stalin light« zu bewegen, immer größer. Als mögliche Auslöser einer solchen Macht-Krise sahen wir vor allem künftige wirtschaftliche und soziale Probleme.

Ganz genauso ist es nicht gekommen. Wohl aber sehr ähnlich. Die Proteste gegen Wahlfälschung und Putins Wiederwahl im Winter 2011/2012 hatten entgegen dieser Annahmen vorwiegend politische Gründe (wenn auch die Wirtschaftskrise seit 2008/2009 verstärkend gewirkt haben dürfte). Putin reagiert mit seiner nationalkonservativen Wende und mit seither immer stärker werdender Repression nach innen. Alle Argumente gegen einen »feindlichen« und »dekadenten« Westen sind hier schon vorhanden (beispielsweise: Pussy Riot, NGO-Agentengesetz oder Dima-Jakowlew-Gesetz, dazu Putins »Waldai-Rede« von 2013).

Diese dezidiert antiwestliche Wende leitete eine neue, eine Mobilisierungsphase des Putin-Regimes ein – und sie kam selbstverständlich nicht aus dem Nichts. Fiona Hill und Clifford Gaddy haben diese Entwicklung Putins von jemandem, der, wenn auch begrenzte, so doch Zusammenarbeit mit dem Westen sucht, zu jemandem, der seine »Enttäuschung« über den Westen in Politik gießt, kürzlich in einem Aufsatz für »The Atlantic« noch einmal detailliert nachgezeichnet (<http://www.theatlantic.com/international/archive/2015/02/the-american-education-of-vladimir-putin/385517/>).

Demnach ist Putin in den vergangenen zehn Jahren immer mehr zu der Überzeugung gelangt, »der Westen« meine es nicht ehrlich mit ihm und »seinem« Russland und betreibe (auch in Russland) einen Regime Change. Man kann das, aus Putins Sicht, auch »Vertrauensverlust« nennen. Der Grund wird von russischer Seite immer wieder genannt: der »Westen« habe russische »Sicherheitsinteressen« nicht berücksichtigt, indem er sich von Moskau aus als natürliche Einflusszone betrach-

tete ehemalige Sowjetrepubliken (seit 25 Jahren souveräne Staaten) »einzuverleiben« versucht habe. Ein typischer Fall von gegenseitigem Miss-Verständnis (ohne nun hier klären zu wollen, wer dazu mehr beigetragen hat – ich meine: Putin). Zur Entwicklung dieses »Vertrauensverlusts« passt auch, dass sich Putin seit seiner Rückkehr in den Kreml zunehmend mit Leuten aus dem nationalkonservativen Lager umgeben hat. Einige ihrer Wortführer, wie Sergej Glasjew, bekamen sogar offizielle Posten (auch wenn diese Leute bisher weitgehend unter Kontrolle gehalten werden, also mal eine Weile eine vor allem fernsehmäßige Rolle spielen dürfen, dann aber wieder in der öffentlichen Peripherie landen, wie unter anderem und auf unterschiedliche Weise die Beispiele Alexander Dugin oder Sergej Kurginjan zeigen).

Damit komme ich zum konkreten Fall und dem von der Nowaja Gaseta vorgelegten Dokument zurück. Dabei geht es in erster Linie um die Frage, was es bedeutet, sollten Krimannexion und Ostukraineinvasion tatsächlich schon vor dem Sturz von Janukowytsch beschlossen (und nicht nur in – eher unverbindlichen – Szenarien erwogen) worden sein. Angenommen, das Dokument ist echt (wovon ich aus Respekt vor Dmitrij Muratow und der Nowaja Gaseta ausgehe). Wäre es tatsächlich etwas so sensationell Neues, dass Derartiges von einem der zahllosen Think-Tanks, im Kreml oder dessen Umfeld gedacht und durchgeplant würde? Sicher nicht. Allein im Generalstab sind mehr als 4.000 Offiziere mit der Ausarbeitung aller möglichen Pläne für alle möglichen Situationen beschäftigt. Russische Sicherheitspolitiker und Militärs wären zudem keine Profis, wenn sie nicht Pläne für die Sicherung der Schwarzmeerflotte auf der Krim in Sewastopol für alle denkbaren Krisen ausgearbeitet hätten (ungeachtet ihrer völkerrechtlichen, politischen oder auch moralischen Bewertung). Auch eine Eroberung der Ostukraine dürfte da durchgespielt worden sein. Man kann davon ausgehen, dass sowohl die politische und mehr noch die militärische Führung die immer wieder wiederholte Behauptung einer angeblichen Bedrohung der Schwarzmeerflottenbasis in Sewastopol durch die NATO wirklich glauben (geglaubt haben).

Ist es unter diesen Umständen erheblich, dass der Beschluss des Kreml (also, wie wir annehmen müssen, Putins) zur Annexion der Krim und zur Intervention in der Ostukraine (mit welchem endgültigen Ziel auch immer) nun tatsächlich schon ein paar Wochen vor dem Sturz Janukowytschs gefallen sein soll? Mir scheint, kaum. Allerdings bereitet sich die russische Armee schon seit einiger Zeit auf einen neuen »Weltkrieg« vor, in dem der angenommene Gegner der alte aus dem Kalten Krieg, also die USA und die NATO sind. Das steht so auch in der erst Ende vorigen Jahres erneuerten Militärdoktrin Russlands. Allerdings wird dort angenommen, dass die-

ser Krieg nicht jetzt, sondern »erst« irgendwann später, zwischen 2020 und 2025 ausbrechen wird. Früher wären die mit ihren Reformen nur sehr zäh, wenn überhaupt voran kommenden russischen Streitkräfte nicht bereit dazu. Pawel Felgenhauer, einer der angesehensten russischen Militärexperten, weist denn auch in einem jüngst erschienenen Interview (<http://www.the-village.ru/village/city/city-news/176731-army>) darauf hin, dass russische Militärs darüber klagen, der Krieg in der Ukraine sei »zu früh« gekommen. Die russische Armee habe ihre Modernisierung noch nicht abschließen können. 2018 oder 2020 wäre demnach besser gewesen.

Und noch eine Beobachtung: Die Tatsache, dass die Soldaten auf der Krim anfangs keine Hoheitsabzeichen trugen und Putin sie verleugnet hat, zeugt entweder von schlechtem Gewissen oder von Unsicherheit (oder von beidem). Offenbar war man sich im Kreml nicht sicher, ob das gut gehen würde. Das spricht selbstverständlich nicht dagegen, dass es solche Pläne gibt, lässt aber daran zweifeln, dass die Annexion der Krim und die Intervention in der Ostukraine (jetzt) Teil eines langfristigen, sozusagen strategischen Vorgehens sind. Hinzu kommt eine auch von Hill und Gaddy beschriebene Eigenschaft Putins. Er liebt es nicht, in alternative Situationen zu geraten. Das ist er nun aber. Erstmals ist Putin, so beschrieb es auch Nikolaj Petrow auf der Jahreskonferenz des Lewada-Zentrums Anfang Februar in Moskau, weniger Herr der politischen Entwicklung denn ein von ihr Getriebener. Seine Wahlmöglichkeiten sind beschränkt. Hält er die Zustimmung im Land durch weiteres Schüren des Konflikts in der Ukraine und mit dem Westen hoch, droht mittelfristig der wirtschaftliche Kollaps (wobei seine Popularitätsspitze, was meistens unbemerkt bleibt, im vorigen Mai lag; seither geht es, wenn auch langsam, wieder bergab). Entschließt sich Putin aber, wirklich Frieden zu machen (in der Ukraine und mit dem Westen), könnte das entfachte nationalkonservative Feuer ihm selbst schnell sehr gefährlich werden.

Ganz zum Schluss: Vor allem für die Diskussion in Russland könnte der Unterschied von wenigen Wochen eine kleine Bedeutung haben. Bisher baut die Kremlpropaganda stark auf die Erzählung, alles sei nur eine Reaktion »der Menschen auf der Krim und in der Ostukraine« auf einen angeblichen »Putsch« gegen Janukowytsch. Russland unterstütze nur die verständlichen Interessen und Rechte dieser Menschen. Diese Erzählung ist nun noch weniger glaubhaft. Allerdings dürfte die Propaganda vorerst in der Lage sein, diese grobe Unstimmigkeit zu überspielen.

*Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>*



## 12. – 26. Februar 2015

12.2.2015	Großangelegte Manöver der strategischen Raketenstreitkräfte in 12 russischen Regionen werden bekannt gegeben. Insgesamt nehmen mehr als 30 Raketenregimenter an der Übung teil.
13.2.2015	In Sotschi beginnt ein Allrussisches Freiwilligenforum, an dem rund 400 Freiwillige aus allen Regionen Russlands teilnehmen. Im Zentrum steht die Organisation der Freiwilligenarbeit im Katastrophenfall, im Medizinsektor, bei den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Sieges und der Unterstützung von Flüchtlingen. Das Forum wird von der Föderalagentur für Jugendangelegenheiten und deren Unterorganisation »RosPatriot-Centr« organisiert.
13.2.2015	Ella Pamfilowa, Menschenrechtsbeauftragte Russlands, und Michail Fedotow, Vorsitzender des Menschenrechtsrates beim Präsidenten, besuchen die ukrainische Pilotin und Parlamentsabgeordnete Nadeshda Sawtschenko im Krankenhaus eines Moskauer Untersuchungsgefängnisses. Sawtschenko wird die Mitschuld am Tod zweier russischer Journalisten sowie illegaler Grenzübertritt vorgeworfen. Sie befindet sich seit Mitte Dezember in Hungerstreik, um gegen die Haft zu protestieren.
13.2.2015	Die Stiftung »Zentrum für gesellschaftliche Analysen und unabhängige Forschungen GRANI« im Bezirk Perm und das »Sibirische Ökologische Zentrum« werden in das Register für »ausländische Agenten« aufgenommen. Das Ökologische Zentrum, das unter anderem ein UN-Programm zu Biodiversität in Russland begleitet, will den Vorwurf der politischen Tätigkeit juristisch anfechten.
13.2.2015	Sitzung zur wirtschaftlichen Situation in Russland unter Leitung von Präsident Putin. An der Sitzung nehmen unter anderem der ehemalige Finanzminister Alexej Kudrin und der Vorstandsvorsitzende der Sberbank, German Gref, teil.
14.2.2015	Russlands Verteidigungsminister Sergej Schojgu wird in Kuba von Staatspräsident Raul Castro empfangen. Gegenstand der Gespräche ist u. a. die militärische und rüstungstechnische Zusammenarbeit.
15.2.2015	Das Katastrophenschutzministerium Russlands organisiert einen weiteren Lastwagenkonvoi mit etwa 1,8 Tonnen Hilfsgütern für die »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk. Drei Viertel der Lieferung sind Lebensmittel, zudem Medikamente und Baumaterial.
15.2.2015	Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees Thomas Bach erhält die Ehrendoktorwürde der Russischen Staatlichen Universität für Turnen, Sport, Jugend und Tourismus.
15.2.2015	Die Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj und Nikolaj Ljaskin werden beim Verteilen von Flugblättern in der Moskauer Metro festgenommen.
16.2.2015	Präsident Wladimir Putin entlässt seinen Berater Sergej Dubik. Dubik arbeitete seit 2003 in der Präsidentschaftsadministration und war im Juni 2012 Putins Berater geworden. Er betreute unter anderem Programme zur Korruptionsbekämpfung und zur Umsetzung entsprechender internationaler Vereinbarungen.
16.2.2015	Die Europäische Union setzt weitere Sanktionen gegen Bürger Russlands, prorussische Separatisten und einige Organisationen in Kraft. Gegen 19 Personen werden EU-Einreiseverbote und Vermögenssperrungen verhängt. Darunter sind die Stellvertretenden Verteidigungsminister Arkadij Bachin und Anatolij Antonow. Diese Sanktionen waren bereits Ende Januar durch die Außenminister der 28 Mitgliedstaaten beschlossen worden.
16.2.2015	Das russische Außenministerium kritisiert die Ausweitung der Sanktionsliste durch die Europäische Union und kündigt eine adäquate Antwort an.
16.2.2015	Das Zentrum für Genderforschung in Samara wird vom russischen Justizministerium in die Liste der »ausländische Agenten« aufgenommen.
16.–17.2.2015	Präsident Wladimir Putin spricht in einem Telefonat mit seinem ukrainischem Amtskollegen Petro Poroschenko und mit Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Umsetzung der Minsker Vereinbarung zur Beilegung des Konfliktes in der Ostukraine.
17.2.2015	Der Präsident des russischen Leichtathletikverbandes Valentin Balachnitschew übernimmt die Verantwortung für Dopingskandale in den vergangenen Monaten und tritt von seinem Amt, das er seit 1991 innehatte, zurück.
17.2.2015	Das Moskauer Stadtgericht bestätigt das Urteil vom 30. Dezember 2014 im Fall »Yves Rocher« gegen die Brüder Alexej und Oleg Nawalnyj.
17.2.2015	Präsident Wladimir Putin trifft zu einem Staatsbesuch in Ungarn ein. Bei einem Treffen mit Premierminister Viktor Orban werden Abkommen zur Zusammenarbeit im Gas- und Atomsektor sowie in den Bereichen Bildung und Gesundheit unterzeichnet.

18.2.2015	Russlands Außenminister Sergej Lawrow und der Außenminister der von Russland als unabhängiger Staat anerkannten georgischen Region Süd-Ossetien, David Sanakojew, unterzeichnen einen Vertrag über die Anerkennung der Staatsgrenzen.
18.2.2015	In einer Kabinettsitzung erörtert Präsident Wladimir Putin mit den Mitgliedern der Regierung die Krisenbewältigungspolitik Russlands.
18.–19.2.2015	Johann X., Patriarch von Antiochia der Rum-Orthodoxen Kirche in Syrien, trifft zu einer offiziellen Visite in Moskau ein. Geplant sind ein Treffen mit Patriarch Kyrill, bei dem die Situation der Christen im Nahen Osten im Zentrum steht, sowie ein Treffen mit Außenminister Sergej Lawrow.
19.2.2015	Das Oberste Gericht bestätigt die Verurteilung von zwei Offizieren und zwei Soldaten der russischen Kriegsmarine wegen Hochverrats. Die vier Personen sollen streng geheime Informationen an das Ausland weitergegeben haben und schon im November 2014 unter Geheimhaltung zu Haftstrafen verurteilt worden sein.
19.2.2015	Die Präsidenten Wladimir Putin, Francois Hollande, Petro Poroschenko und Bundeskanzlerin Angela Merkel erörtern telefonisch die Umsetzung des Minsker Abkommens.
19.2.2015	Die Regierung genehmigt, dass die gesetzlich festgelegte Untergrenze des Wasserstandes des Baikalsees wegen fehlender Niederschläge im Jahr 2014 nun um 20 Zentimeter herabgesetzt wird. Der Wasserstand wird über die Stauseen des Flusses Angara geregelt. Hintergrund der Entscheidung war auch eine Gefährdung der Wasserversorgung in der Stadt Angarsk.
19.2.2015	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt den Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj zu fünfzehn Tagen Ordnungshaft wegen Verstößes gegen das Versammlungsgesetz. Nawalnyj und neun weitere Personen waren in der Metro beim Verteilen von Werbematerial zum Protestmarsch »Frühling« am 1. März festgenommen worden.
20.2.2015	Das russische Katastrophenschutzministerium organisiert den 15. Konvoi mit Hilfsgütern in die Ostukraine. 30 Fahrzeuge transportieren etwa 200 Tonnen nach Luhansk und in die erst kürzlich von den Separatisten eingenommene Stadt Debalzewe.
20.2.2015	Sitzung des russischen Sicherheitsrates. U. a. werden die Umsetzung des Minsker Abkommens, die Versorgung der Ostukraine mit Erdgas sowie die innerrussische Wirtschaftslage erörtert.
20.2.2015	Beim Festakt anlässlich des »Tags des Vaterlandsverteidigers« am 23.2. erklärt Präsident Wladimir Putin, niemand könne militärische Überlegenheit über Russland erlangen oder Druck auf das Land ausüben. Auf derartige Abenteuer habe man eine passende Antwort.
21.2.2015	Großdemonstration der Bewegung »Antimaidan« unter dem Motto »Ein Jahr Majdan. Kein Vergessen, kein Verzeihen!«. Nach Polizeiangaben mobilisiert die Veranstaltung 40.000 Menschen. Das erklärte Ziel der Bewegung ist die Verhinderung eines »Majdan« in Russland.
21.2.2015	Der Beauftragte für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beim russischen Außenministerium, Konstantin Dolgow, kritisiert den zeitweiligen Entzug der Akkreditierung mehrerer russischer Nachrichtenagenturen bei ukrainischen Staatsorganen als Informationskrieg und Verstoß Kiews gegen internationale Verpflichtungen. Insgesamt war 115 Massenmedien, darunter allen Fernsehsendern (mit Ausnahme des unabhängigen »TV-Doshd« / TV Rain), die Akkreditierung entzogen worden.
22.2.2015	Der Föderale Dienst für den Verbraucherschutz (Rospotrebnadsor) verhängt einen Einfuhrstopp für Milch- und milchartige Produkte aus Polen.
23.2.2015	Präsident Putin gibt dem »Allrussischen Staatlichen Fernseh- und Radiounternehmen« (WGTRK) ein Interview zum »Tag des Vaterlandsverteidigers«. Dabei erklärt er, einen Krieg zwischen Russland und der Ukraine sei höchst unwahrscheinlich, lehnt aber zugleich eine Rückgabe der Krim entschieden ab.
23.–24.2.2015	Bei einem Feuergefecht im Rayon Chasawjurt (Dagestan) kommen zwei Angreifer und ein Polizist ums Leben, ein weiterer Polizist wird von den Untergrundkämpfern verletzt.
24.2.2015	Die Außenminister Russlands, Frankreichs, Deutschlands und der Ukraine tagen in Paris, um die Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk zu erörtern. U. a. wird die OSZE-Mission behandelt, wobei sich Russland gegen eine Ausweitung des Mandates ausspricht.
24.2.2015	Sitzung des Staatsrates zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen. Im Zentrum steht die Stabilität der Regionalhaushalte und Maßnahmen zur Reduzierung der regionalen Schuldenlast. Präsident Putin weist die Regierung an, einen Mechanismus zur Kofinanzierung der Regionen auszuarbeiten. Finanzminister Anton Siluanow beziffert das Defizit der Regionalhaushalte 2015 auf 600 Mrd. Rubel (ca. 8,5 Mrd. €).

24.2.2015	Die Ratingagentur »Moody's« senkt die Kreditwürdigkeit Russlands auf Ramschniveau. Zuvor hatten bereits die Ratingagenturen S&P und Fitch die Kreditwürdigkeit Russlands herabgestuft. Das russische Außenministerium bezeichnet die Herabstufung durch die Ratingsagenturen als »orchestrierte antirussische Kampagne«.
25.2.2015	Das russische Kulturministerium veröffentlicht eine Liste vorrangiger Themen bei der Förderung russischer Kinofilme in diesem Jahr. Darunter fallen Filme über die Krim, über familiäre Werte, zum Jahr 1917 und zum Putsch im August 1991. Auf Grund der wirtschaftlichen Lage wird die Filmförderung in diesem Jahr um rund 10 % gekürzt.
25.2.2015	Präsident Putin empfängt den zypriotischen Präsidenten Nikos Anastasiadis. Beide Seiten unterzeichnen mehrere Kooperationsabkommen, auch im Bereich militärischer Zusammenarbeit.
25.2.2015	Die Ratingagentur »Moody's« setzt die Kreditwürdigkeit von Gazprom, Lukoil und Rosneft herab. Am Vortag waren die sieben größten Finanzinstitute herabgestuft worden.
26.2.2015	Im Rayon Kisiljurt (Dagestan) werden bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte sechs mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
26.2.2015	Im Weißen Meer und in der Barentssee führt die Nordmeerflotte Übungen durch. Auf der Krim veranstaltet die Schwarzmeerflotte zeitgleich Luftabwehrübungen.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen  
und Halbach Stiftung

**MANGOLD**  
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de](mailto:publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

## **Abstracts von Artikeln aus OSTEUROPA 9–10/2014 »Gefährliche Unschärfe. Russland, die Ukraine und der Krieg im Donbass«**

OSTEUROPA 9–10/2014 mit dem Titel »Gefährliche Unschärfe. Russland, die Ukraine und der Krieg im Donbass« ist erschienen. Das Heft hat 208 Seiten und kostet 22,00 € (für Studenten 18,00 €) und ist zu bestellen unter [osteuropa@dgo-online.org](mailto:osteuropa@dgo-online.org). Es enthält folgende Beiträge mit Russlandbezug: Andrij Portnov

### **Das Mantra der Nichteinmischung**

#### **Glaubenssätze der Putin-Freunde**

Russlands Vorgehen in der Ukraine polarisiert die deutsche Öffentlichkeit. Während die einen die Annexion der Krim und den Krieg im Donbass unter Verweis auf das Völkerrecht umstandslos verurteilen, haben andere Verständnis für Russland. Einige legitimieren sogar offen die Annexion. Für sie ist »der Westen« der Hauptverantwortliche an der Krise. Die Apologie der »Putin-Freunde« speist sich aus einem stabilen Antiamerikanismus, der Konsenskultur und pazifistischen Grundhaltung, die sich in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat, einem historisch reduktionistischen und unreflektierten Schuldgefühl gegenüber Russland wegen des Krieges, Osteuropaklischees und einem geringen Wissen über die Ukraine. Diese Melange ist der Nährboden für die populäre Haltung der Nichteinmischung.

**Anna Veronika Wendland**

#### **Hilflos im Dunkeln**

##### **»Experten« in der Ukraine-Krise: eine Polemik**

Nach einem Jahr der Diskussion über die Krise in der Ukraine und Russlands Krieg gegen die Ukraine ist es an der Zeit, eine Bilanz zu ziehen. Die Renaissance des geopolitischen Fatalismus, die Deutungshoheit selbsternannter Experten, historische Denkverbote sowie die Sprachlosigkeit der Fachleute insbesondere aus der Geschichtswissenschaft ergeben einen beklemmenden Befund: Im Angesicht ihrer größten Herausforderung haben die deutschen Osteuropa-Experten versagt.

**Guido Hausmann, Tanja Penter**

#### **Der Gebrauch der Geschichte**

##### **Ukraine 2014: Ideologie vs. Historiographie**

In allen Stadien des Konflikts in der Ukraine, vom Euromajdan über die durch Russlands Annexion der Krim ausgelöste Krise bis zum Krieg im Donbass haben die Konfliktparteien auf Geschichte und Geschichtsbilder zurückgegriffen. Die einen reden von kosakischen Freiheitstraditionen, die anderen vom »Abwehrkampf gegen den Faschismus« oder von Novorossija. Auf diese Weise soll Unterstützung mobilisiert, politisches und militärisches Handeln legitimiert und Identität gestiftet werden. Die Behauptungen halten einer kritischen Überprüfung allerdings nicht stand. Doch wer historische Tatsachen von Ideologie unterscheiden will, benötigt fundierte Kenntnisse. Die Disziplin Osteuropäische Geschichte hat einen enormen Nachholbedarf bei der Erforschung und Vermittlung der ukrainischen Geschichte.

**Thomas Vogel**

#### **Überforderung und Desinteresse**

##### **Die EU, die Nachbarschaft und die Ukraine**

Der Konflikt des Westens mit Russland ist auch eine Krise der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Uneinigkeit und Desinteresse unter den Mitgliedstaaten, Kompetenzgerangel in den EU-Institutionen und lange Abstimmungsprozesse zwischen Brüssel und den Hauptstädten haben diese Krise gefördert. Bis heute gibt es keine offene umfassende Aufarbeitung der internen Fehler als Voraussetzung für eine neue Ostpolitik der EU, die alle Länder der Nachbarschaft und Russland einschließt.

**Petr Kratochvíl**

#### **Von Falken und Russlandfreunden**

##### **Die tschechische Debatte über die EU-Sanktionen**

Die EU hat wegen der Annexion der Krim und des verdeckten Kriegs gegen die Ukraine im Donbass Sanktionen gegen Russland verhängt. Obwohl Moskau die europäische Sicherheitsordnung weiter herausfordert, wird in der EU

über eine Aufhebung der Sanktionen diskutiert. Die tschechische Debatte ist exemplarisch. Kurzfristige Wirtschaftsinteressen und Parteienkonkurrenz bestimmen das Denken. Präsident Zeman vertritt sogar offen die Moskauer Interpretation der Ereignisse in der Ukraine. Nur einige Transatlantiker und Befürworter einer wertorientierten Außenpolitik fordern ein schärferes Vorgehen gegen Russland. Konsens herrscht bei der großen Mehrheit der Tschechen lediglich in einem: Prag soll sich aus der Krise heraushalten.

**Andreas Heinemann-Grüder**

**Politik als Krieg**

**Die Radikalisierung des Putinismus**

Russland betreibt mit der Krimannexion und der Anfachung des Kriegs im Donbass eine Politik am Abgrund. Das Kalkül, dass der Westen einen totalen Bruch mehr als Russland fürchtet, ist weitgehend aufgegangen. Diese Politik entspringt situativen Entscheidungen und ist Ausdruck der inneren Radikalisierung des Putin-Regimes. Russlands Führung will vor allem Anerkennung für den reklamierten Status erhalten, Ideologie spielt eine nachgeordnete Rolle. Für eine neue Russlandpolitik bedeutet dies: Die EU muss mit viel mehr Einsatz als bisher zur Stabilisierung und Demokratisierung der Ukraine beitragen. Dazu gehört eine Beteiligung an einer robusten internationalen Mission zur Sicherung der ukrainischen Grenze. Dies würde Russland die Eskalationsdominanz nehmen. Gleichzeitig müssen die Rüstungskontrollgespräche mit Russland ernster genommen werden.

**Martin Malek**

**Moskaus Schlachtpläne**

**Hintergründe zu Russlands Krieg in der Ukraine**

Russlands Okkupation und Annexion der Krim war keine improvisierte Reaktion auf den Sturz von Janukovyč in der Ukraine. Sie folgte Plänen, die der Generalstab lange zuvor ausgearbeitet hatte. Ähnliches gilt für die Führung des hybriden Krieges in der Ostukraine. Allen Dementis aus Moskau zum Trotz zeigen die Fakten, dass Russland Kriegspartei ist. Russland unterstützt die Aufständischen nicht nur mit Geld, Ausbildung, Waffen und schwerer Militärs-technik, sondern interveniert auch mit eigenen Truppen in der Ukraine.

**Heidi Reisinger, Aleksandr Gol'c**

**Hybrider Krieg in der Ukraine**

**Russlands Intervention und die Lehren für die NATO**

Russlands Annexion der Krim und der Krieg in der Ostukraine speisen sich aus der Wahrnehmung der politischen Elite um Putin, dass die Demokratisierung in der Ukraine auch die eigene autoritäre Ordnung bedroht. Der hybride Krieg, mit dem Russland antwortete, ist nichts Neues. Es handelt sich um eine effektive Mischung aus militärischen und nichtmilitärischen, konventionellen und irregulären Methoden, die auch Cyberangriffe und Propaganda umfasst. Für eine multinationale Organisation wie die NATO, die auf dem Konsensprinzip basiert, ist eine schnelle und adäquate Reaktion schwierig.

**Ulrich Schneckener**

**Das Dilemma der Milizen**

**Ukrainische Freiwilligenbataillone und das Gewaltmonopol**

Nach Beginn des von Russland unterstützten Aufstands im Donbass entstanden in der Ukraine in vielen Regionen Freiwilligenbataillone. Bei einigen handelt es sich um paramilitärische Schutztrupps, andere kämpfen auf Seiten der Armee im Osten des Landes. Diese Form der Selbstverteidigung mag legitim sein. Sie ist jedoch Ausdruck von Staatsversagen und bringt erhebliche Probleme mit sich. Milizen unterminieren das staatliche Gewaltmonopol und können die Demokratisierung des Landes gefährden. Im schlimmsten Fall werden einige Milizverbände, besonders jene mit rechtsextremem Auftreten, ungewollt zu Moskaus wichtigsten Helfern bei der Destabilisierung der Ukraine.

**Uwe Halbach**

**Repression nach der Annexion**

**Russlands Umgang mit den Krimtataren**

Seit der Annexion der Krim im März 2014 stehen die Krimtataren unter Beschuss. Zwar hatte Moskau zunächst mit Zuckerbrot gelockt, um deren gewaltlosen Widerstand gegen die Angliederung ihrer Heimat an Russland zu beenden.

Doch schon bald setzten die neuen Behörden in Simferopol' unter dem Nationalisten Aksenov auf Repression. Führenden krimtatarischen Politikern wird die Einreise auf die Krim verwehrt, andere werden als islamistische Extremisten diffamiert. Aktivisten werden mit Hausdurchsuchungen eingeschüchtert, krimtatarische Medien wurden geschlossen. Der krimtatarischen Selbstverwaltung droht die Auflösung, die von Moskau eingefädelt Gründung eines Parallel-Muftiats dient der religiösen Spaltung.

**Ernest Wyciszkievicz**

**Wirkung und Auswirkung**

**Sanktionen gegen Russland**

Die EU und die USA haben auf Russlands Aggression gegen die Ukraine mit Sanktionen gegen russländische Unternehmen und Personen aus Präsident Putins Umfeld reagiert. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen lässt sich nicht allein nach ihren unmittelbaren Folgen beurteilen. Die Sanktionen gegen einzelne Personen ließen sich zunächst relativ leicht abfedern, erzeugten aber Investitionsunsicherheit und führten zu Kapitalflucht, Kursstürzen und einer beschleunigten Inflation. Die später beschlossenen Maßnahmen gegen staatlich kontrollierte Banken und Ölonternehmen und die von Russland beschlossenen Gegensanktionen verstärkten diese Effekte erheblich. Russlands Regierung bemüht sich inzwischen offen um die Aufhebung der Restriktionen. Noch scheint jedoch der Punkt nicht erreicht, an dem die wirtschaftlichen Kosten ihrer Politik sie zu einer Kursänderung bewegen.

## **Abstracts von Artikeln aus OSTEUROPA 11–12/2014 »Sehenden Auges. Europäische Gewaltgeschichten.« mit Russlandbezug**

OSTEUROPA 11–12/2014 mit dem Titel »Sehenden Auges. Europäische Gewaltgeschichten.« ist erschienen. Das Heft hat 232 Seiten und kostet 18,00 € (für Studenten 15,00 €) und ist zu bestellen unter [osteuropa@dgo-online.org](mailto:osteuropa@dgo-online.org). Es enthält folgende Beiträge mit Russlandbezug:

**Anne Hartmann**

**Der Stalinverstehher**

**Lion Feuchtwanger in Moskau 1937**

Von Dezember 1936 bis Anfang Februar 1937 verbrachte Lion Feuchtwanger gut zwei Monate in der Sowjetunion. Er wurde von Stalin empfangen und war Augenzeuge des zweiten Moskauer Schauprozesses. In seinem Reisebericht Moskau 1937 zeigt er sich von der Schuld der Angeklagten überzeugt und zeichnet ein rundweg positives Bild der Sowjetunion, in der gerade das Jahr des Großen Terrors begonnen hatte. Bis heute wird Feuchtwanger deswegen der Dummheit, Blindheit, Ignoranz oder Arroganz bezichtigt. Erklären lässt sich das Lob für den Diktator und sein Staatswesen nur damit, dass es dem Schriftsteller nicht um die konkrete sowjetische Wirklichkeit ging, sondern um seine weltgeschichtliche Vision von der »Allmacht der Vernunft«. Dafür war Feuchtwanger sogar zu weitreichender Selbstzensur bereit.

**Julius Margolin**

**Zwei Formen eines totalitären Regimes**

**Kann man Hitlersche und sowjetische Lager vergleichen?**

Die Hitlerschen und die sowjetischen Lager kann man nicht nur vergleichen, sondern sollte sie vergleichen. Der Vergleich ist eine Methode der Erkenntnis. In beiden Fällen haben wir es mit Haftanstalten zu tun, in denen Millionen Menschen ums Leben kamen. Man kann sie nicht gleichsetzen, aber man muss ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede benennen. Die Methoden und die Geschwindigkeit des Tötens in Hitlers Todeslagern und in den sowjetischen Lagern waren nicht dieselben, doch sie weisen verblüffende Ähnlichkeiten auf.

**Felix Schnell**

**Aufschrei gegen das Vergessen**

**Julius Margolins Vergleich von Gulag und NS-Lagern**

1946 verfasste Julius Margolin seine Reise in das Land der Lager. Das Buch gehört zu den frühen autobiographischen Zeugnissen über den Gulag. 1950 befasste er sich mit der Vergleichbarkeit des Nationalsozialismus und des Stalinismus

und verglich die Form und den Zweck des Lagers. Margolin entwickelte hier Ansätze einer Totalitarismustheorie avant la lettre. Als Erkenntnismethode bleibt der Vergleich unverzichtbar. Die Lager in der Sowjetunion waren ein funktionaler und integraler Bestandteil des politischen und wirtschaftlichen Systems; die NS-Lager, insbesondere die Vernichtungslager, folgten einer eigenen Rationalität, wirtschaftlich und politisch waren sie für die NS-Herrschaft streng genommen dysfunktional. Gulag und NS-Lager sind Fratzen der Inhumanität, der Millionen Menschen zum Opfer fielen.

**Christian Werkmeister**

**Wahnsinn mit System**

**Psychiatrische Anstalten in der späten Sowjetunion**

Nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere aber in den 1970er Jahren baute der sowjetische Staat die Psychiatrie systematisch zu einem Repressionsinstrument aus. Dieser Missbrauch beschränkte sich nicht auf politische Dissidenten, sondern umfasste einen viel größeren Personenkreis. Völlig gesunde Menschen wurden auf der Basis fragwürdiger Diagnosen wie »schleichende Schizophrenie« und zweifelhafter Gerichts- oder Behördenurteile in geschlossenen Anstalten zwangsbehandelt. Ziel war nicht die Heilung der Insassen, sondern eine dauerhafte Isolierung missliebiger Bürger von der Gesellschaft.

**Michael Hänel**

**Zwischen allen Stühlen**

**Der Mahner und Humanist Andrej Sacharow**

25 Jahre nach seinem Tod scheint über Andrej Sacharow alles gesagt. Für die einen ist er ein Heiliger, für die anderen ein Verräter und für viele ein Störenfried. Der Anti-Atom-Bewegung und den Fortschrittsskeptikern im Westen war er so suspekt wie für die autoritären und orthodoxen Kommunisten aller Couleur ein gefährlicher Freigeist. Erstaunlicherweise harrt sein Lebenswerk bis heute der kritischen historischen Aufarbeitung. In seiner persönlichen Freiheit und Mündigkeit ist Sacharow vorbildlich. Noch immer werden die Menschenrechte täglich verletzt. Sacharow hat nichts an Aktualität verloren.

**Evgenija Lezina**

**Memorial und seine Geschichte**

**Russlands historisches Gedächtnis**

Wer sich mit der Aufarbeitung der Vergangenheit im Allgemeinen und des Stalinismus im Besonderen sowie der Lage der Menschenrechte in Russland heute beschäftigt, kommt an Memorial nicht vorbei. Sie ist eine der ältesten NGOs in Russland. Mitunter scheint es, als sei Memorial im Ausland bekannter als im Inland. Memorials Erfolge bei der Arbeit an Russlands historischem Gedächtnis sind unbestritten. Doch wichtige Ziele sind unerreicht: Weder wurde der Terror des Sowjetstaates gegen die eigene Bevölkerung verurteilt, noch eine Lustration der Täter durchgeführt. Und ein zentrales Mahnmal für die Opfer gibt es bis heute nicht. All das scheiterte am politischen Umfeld. Der autoritäre Staat zieht nicht nur die Grenzen der historischen Aufarbeitung, sondern versucht, einen Mitgliedsverband wie das Menschenrechtszentrum Memorial zu zwingen, sich als »ausländischer Agent« zu registrieren.

**Karlheinz Kasper**

**Wiederentdeckte Sprachkunst**

**Russische Literatur in Erst- und Neuübersetzungen 2014**

In diesem Jahr erreichten noch weniger Übersetzungen aus dem Russischen den deutschsprachigen Buchmarkt als 2013. Zwei Drittel der Titel sind Erstübersetzungen. Nur wenige Bücher sind auf die unmittelbare Gegenwart fokussiert. Beeindruckend ist die künstlerische Kraft der zum ersten Mal übersetzten Titel vom Anfang des 20. Jahrhunderts (Hippius, Tëffi, Gazdanov, Majakovskij). Die Neuübersetzungen fußen auf aktuellen kritischen Ausgaben der russischen Originale (Babel', Chodasevič, Ginzburg), greifen bewusst auf frühe Fassungen zurück (Bunin), verfolgen neue Translationsprinzipien (Bulgakov) oder bieten veränderte Textarrangements (Jur'ev).

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <[http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter\\_CAD\\_EN](http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN)>

### Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

### Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <[http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter\\_RAD\\_EN](http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN)>

### Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

### Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <[zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)>

---

### Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <[http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus\\_ca.php](http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php)>

---

### Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>